

# NOMOSKOMMENTAR

Heidel | Schall [Hrsg.]

# HGB

4. Auflage



**Nomos**

# NOMOSKOMMENTAR

Dr. Thomas Heidel  
Prof. Dr. Alexander Schall [Hrsg.]

# HGB

4. Auflage

RAin Dr. Irini Ahouzaridi, FAArBR | RA Wjatscheslav Anissimov | RA Prof. Dr. Andreas J. Baumert, FAHuGR | RAin Dr. Stefanie Bergmann, LL.M. (Madison-Wisconsin), FAHuGR | RAin Dr. Stephanie Deckers, FAHuGR | PD Dr. Andreas Dieckmann, Universität Hannover | RA Dr. Markus Dinkelbach | WP u StB Achim Dörner, LL.M. | RAin Dr. Stephanie Eberl, LL.M. oec. | Dipl.-Kfm., WP u StB Peter Ebert | RiOLG Prof. Dr. Robert Freitag, Maître en droit (Bordeaux), Universität Erlangen-Nürnberg | Dipl.-Kfm. Dr. Andreas Gattung | Dipl.-Kffr. (FH), WPin u StBin Anke Hahn | RA Dr. Thomas Heidel, FASrR u FAHuGR | Dipl.-Kfm., WP u StB Norbert Heinemann | Dipl.-Finw. u StB Dr. Martin Heyes, LL.M. | RiLG Dr. Torben Illner | RA Dr. Tobias Keller | Dr. Marco Keßler | Dr. Verena Klappstein M.A., LL.M., Universität Passau | Prof. Dr. Leonhard Knoll, Universität Würzburg | Not. Dr. Richard Koch-Sembdner, LL.M. (Stanford) | RA Dr. Michael Lamsa | RAin Dr. Andrea M. Partikel | RA u Not. Dr. Christian Prasse | Assoc. Prof. Dr. Georgios Psaroudakis, M.Jur. (Oxford), Universität Thessaloniki | Not. Prof. Thomas Reich | Prof. Dr. Gerhard Ring, TU Bergakademie Freiberg | Dipl.-Jur. Kevin Rösch, Universität Erlangen-Nürnberg | Prof. Dr. Gregor Roth, Universität Leipzig | Prof. Dr. Alexander Schall, M.Jur. (Oxford), Leuphana Universität Lüneburg | VRiOLG Dr. Uwe Schmidt | RA u StB Dr. Uwe Scholz | WPin u StBin Dr. Claudia E. Schrimpf-Dörges | RA Dr. Thilo Schülke | RA, WP u StB Prof. Dr. Matthias Schüppen | Prof. Dr. Michael Stöber, Universität Kiel | RA Dr. Dirk Struckmeier, M.Jur. (Oxford) | Prof. Dr. Michael Szczesny, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg | Dipl.-Kfm., WP u StB Michael Thelen | Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M. (Yale), Universität Wien | Dipl.-Kfm. Dr. Ingo Thomas, M.A. (Milwaukee) | Prof. Dr. Patrick Velte, Leuphana Universität Lüneburg | Prof. Dr. Ulrich Voß, Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt | VRiKG Dr. Norbert Vossler | Prof. Dr. Thomas Wiese, Universität Bremen



**Nomos**

**Zitervorschlag:** NK-HGB/Bearbeiter § ... Rn. ...

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0542-0

4. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort zur 4. Auflage

Zum Inkrafttreten des MoPeG, des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, am 1. Januar 2024 legen wir die Neuauflage unseres Kommentars vor. Das MoPeG muss im Zentrum der neuen Auflage stehen. Denn es bringt eine der größten Reformen unseres Zivilrechts. Es vollendet einen Prozess, den *Herbert Wiedemann* in seinem fundamentalen Lehrbuch zum Gesellschaftsrecht treffend als die „Verkörperschaftlichung“ der Personengesellschaft beschrieb.

Die eigentlichen Personengesellschaften sind OHG und KG, die schon immer im Verkehr auftraten, Rechte erwarben und Verpflichtungen eingingen, um ihr Handelsgewerbe zu betreiben (§ 124 HGB aF; zuvor Art. 111 ADHGB). Als in Deutschland zum Jahr 1900 die „Grundform“ der BGB-Gesellschaft nachgeschoben wurde (in England gibt es bis heute nur die der OHG entsprechende *partnership*), sollte sie nicht im eigenen Namen auftreten können. Diese Diskrepanz bereinigt das MoPeG, indem es die BGB-Gesellschaft in den wesentlichen Punkten der OHG angleicht. Das ist einerseits verbunden mit einer massiven Normverschiebung ins BGB, das durch den Verweis des § 105 Abs. 3 HGB noch größere Bedeutung für die Personenhandelsgesellschaften erlangt hat; andererseits gibt es aber auch zahlreiche Normdoppelungen (exemplarisch §§ 105 Abs. 2, 108, 116, 126–128, 130, 135, 138 HGB – §§ 705 Abs. 2, 708, 715, 721–721b, 723, 728, 729 BGB), bei denen man sich fragen muss, ob die Verortung der Regelungen in verschiedenen Gesetzen auch unterschiedliche Auslegungen mit sich bringt. Wirklich neu ist für OHG/KG nur die Einführung des Anfechtungsprinzips für Beschlussmängel (§§ 110–113 HGB) sowie deren bezweckte Öffnung für Freiberufler.

Das MoPeG normiert erstmals für *alle* rechtsfähigen Personengesellschaften ausdrücklich die eigene Rechtsträgerschaft (§ 105 Abs. 2 HGB; § 705 Abs. 2 BGB). Sie sind selbständige Rechtsträger, die im eigenen Namen handeln und denen das Gesellschaftsvermögen zugeordnet ist (§ 105 Abs. 3 HGB iVm § 713 BGB). Juristische Personen sollen sie dennoch nicht sein. Das unterscheidet Deutschland von anderen kontinentalen Rechtsordnungen, wo Personengesellschaften als juristische Personen gelten („*personne morale*“, „*legal person*“). Den Weg zur eigentümlichen dritten Form der Rechtssubjektivität hat die Dogmatik der deutschrechtlichen Gesamthandslehre geebnet, wie sie *Werner Flume* im Anschluss an *Otto von Gierke* vertreten hatte und BGHZ 146, 341 „ARGE Weißes Ross“ übernahm. Die Rechtsfortbildung glättete zwar die erheblichen Schwierigkeiten, denen die Praxis bei BGB-Gesellschaften begegnete (Stichwort „Doppelverpflichtungslehre“). Sie brachte es aber mit sich, dass das geltende Recht in Widerspruch zu wesentlichen Aussagen des geschriebenen Gesetzes trat, zB dass das Gesellschaftsvermögen von den Gesellschaftern in gesamthänderischer Bindung gehalten würde – und eben nicht von *der Gesellschaft*. Dies führte gerade bei der OHG zu einer hybriden, eigentlich perplexen Rechtslage: Sie galt zwar als „teilrechtsfähig“, konnte mithin unter eigener Firma erwerben und sich verpflichten, klagen und verklagt werden; aber *ihr* Vermögen war dennoch nach § 105 Abs. 3 HGB iVm § 718 Abs. 1 BGB aF den Gesellschaftern zugeordnet („*gemeinschaftliches Vermögen der Gesellschafter*“). Die Kluft zwischen geschriebenem und gelebtem Recht bereitete der Praxis Schwierigkeiten, Gesellschaftsrichter beklagten sie in vielen Vorlesungen. Einer der ihren war es, der die Reform anstieß. *Heribert Hirte*, seinerzeit MdB, hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die Reform auf die Agenda der letzten Legislatur der Ära Merkel kam und der Bundestag sie am 24. Juni 2021 verabschiedete. Die Reform, deren grundlegende Bedeutung schon die ungewöhnlich lange Übergangsfrist von zweieinhalb Jahren zeigt, bringt eine umfassende Neuformulierung der Gesetzesnormen. Zur seit Jahrzehnten geforderten Reform des Kaufmannsbegriffs, der immer noch den Odem der Buddenbrook’schen Standesgesellschaft des 19. Jahrhundert atmet, hin zu einem modernen Unternehmensrecht konnte sich der Gesetzgeber nicht durchringen. Die Entscheidungen des Gesetzgebers werden rechtspolitisch viele nicht befriedigen und zum Ruf nach der nächsten Reform motivieren. Rechtsdogmatisch gilt aber: *alea iacta est*. Die Neuregelung wird nach Art. 20 Abs. 3 GG den Rahmen zur legitimen Rechtsfortbildung künftig wesentlich enger ziehen, als es das vorkonstitutionelle HGB vermochte.

Schon jetzt ist klar, dass aufgrund des MoPeG Detailarbeit für viele Jahre anfällt. An der beteiligten sich die Autorinnen und Autoren dieser Neuauflage. Diese ist aber auch, zwölf Jahre nach der ersten und vier Jahre nach der letzten Auflage, eine turnusmäßige Neuauflage. Daher sind sämtliche Kommentierungen gründlich à jour gebracht. Hier liefert etwa das Haftungsrecht der Kommanditgesellschaft, vom MoPeG bis auf kosmetische Änderungen unberührt, in den letzten Jahren reichlich Material. Gesetzesstand ist der 1. Januar 2024, Bearbeitungsstand ist Frühjahr 2023 – an vielen Stellen konnten aber auch neuere Entwicklungen berücksichtigt werden. Eine wichtige Novelle betrifft die Modernisierung des Registerrechts im Zuge der Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie durch das DiRUG. Mit dem de facto Zusammenfall von Eintragung und Bekanntmachung bei digitaler Verfügbarkeit fragt sich mehr denn je, wie lange noch an der schwer vermittelbaren Sicht vom „*abstrakten Vertrauensschutz*“ durch § 15 HGB festzuhalten ist. Außer dem puren Wortlaut spricht nichts mehr dafür, *diesen* Schutz

ohne vorherige Einsicht ins Handelsregister zu gewähren. Weitere wichtige Änderungen von (außerhalb des MoPeG) an die 100 Paragraphen betreffen Themen der Stärkung der Finanzmarktintegrität, zumal im Bereich von Abschlussprüfung und Bilanzkontrolle, der Pflichten nach der 2. ARRL, in Hinblick auf Insolvenzen und Sanierungen sowie der Lieferkettensorgfaltspflichten. Alles versuchen die anderen mittlerweile 44 Autorinnen und Autoren und wir mit der gebotenen Sorgfalt und Blick auf wissenschaftliche Ansprüche und Bedürfnisse der Praxis fundiert zu kommentieren.

Alles in allem hat sich seit der letzten Auflage so viel Stoff angesammelt, dass es nun an der Zeit für ein Levelling-Up war: Der Heidel/Schall erscheint ab dieser Auflage als NomosKommentar HGB (NK-HGB – der „große Blaue“). Dieser Erfolg wäre ohne den Zuspruch unserer treuen Leserinnen und Leser nicht möglich gewesen. Wir danken für das langjährige, über die Auflagen gewachsene Vertrauen und versprechen: Wir werden auch künftig im größeren Format alles tun, um diesem Vertrauen gerecht zu werden. Zu diesem Zweck freuen wir uns wie immer auf Ihre Wünsche und Anregungen – gerne auch an [heidel@meilicke-hoffmann.de](mailto:heidel@meilicke-hoffmann.de) und [alexander.schall@leuphana.de](mailto:alexander.schall@leuphana.de).

Ihre Herausgeber

*Alexander Schall und Thomas Heidel*

Dezember 2023

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage .....	5
Bearbeiterverzeichnis .....	27
Abkürzungsverzeichnis .....	31
Allgemeines Literaturverzeichnis .....	41

## Handelsgesetzbuch

### Erstes Buch Handelsstand

#### Erster Abschnitt Kaufleute

§ 1 [Istkaufmann] .....	55
§ 2 [Kannkaufmann] .....	73
§ 3 [Land- und Forstwirtschaft; Kannkaufmann] .....	77
§ 4 [aufgehoben] .....	81
§ 5 [Kaufmann kraft Eintragung] .....	81
§ 6 [Handelsgesellschaften; Formkaufmann] .....	90
§ 7 [Kaufmannseigenschaft und öffentliches Recht] .....	93

#### Zweiter Abschnitt Handelsregister; Unternehmensregister

§ 8 Handelsregister .....	95
Anhang zu § 8: Handelsregisterverordnung .....	128
§ 8a Eintragungen in das Handelsregister; Verordnungsermächtigung .....	143
§ 8b Unternehmensregister .....	145
§ 9 Einsichtnahme in das Handelsregister und das Unternehmensregister .....	154
§ 9a Übertragung der Führung des Unternehmensregisters; Verordnungsermächtigung .....	160
§ 9b Europäisches System der Registervernetzung .....	162
§ 9c Informationsaustausch über disqualifizierte Personen über das Europäische System der Registervernetzung .....	168
§ 10 Bekanntmachung der Eintragungen; Registerbekanntmachungen .....	171
§ 10a Anwendung der Verordnung (EU) 2016/679 .....	172
§ 11 Offenlegung in der Amtssprache eines Mitgliedstaats der Europäischen Union .....	174
§ 12 Anmeldungen zur Eintragung und Einreichungen .....	176
§ 13 Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz im Inland .....	189
§ 13a Europäische Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Inland .....	199
§§ 13b–13c [aufgehoben] .....	200
§ 13d Sitz oder Hauptniederlassung im Ausland .....	201
§ 13e Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Ausland .....	209
§ 13f Zweigniederlassungen von Aktiengesellschaften mit Sitz im Ausland .....	220
§ 13g Zweigniederlassungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit Sitz im Ausland .....	227
§ 13h Verlegung des Sitzes einer Hauptniederlassung im Inland .....	234
§ 14 [Festsetzung von Zwangsgeld] .....	242
§ 15 [Publizität des Handelsregisters] .....	248
§ 15a Öffentliche Zustellung .....	278
§ 16 [Entscheidung des Prozessgerichts] .....	281

**Dritter Abschnitt  
Handelsfirma**

§ 17	[Begriff] .....	286
§ 18	[Firma des Kaufmanns] .....	300
§ 19	[Bezeichnung der Firma bei Einzelkaufleuten, einer OHG oder KG] .....	314
§ 20	[aufgehoben] .....	319
§ 21	[Fortführung bei Namensänderung] .....	319
§ 22	[Fortführung bei Erwerb des Handelsgeschäfts] .....	321
§ 23	[Veräußerungsverbot] .....	330
§ 24	[Fortführung bei Änderungen im Gesellschafterbestand] .....	332
§ 25	[Haftung des Erwerbers bei Firmenfortführung] .....	337
§ 26	[Fristen bei Haftung nach § 25] .....	356
§ 27	[Haftung des Erben bei Geschäftsfortführung] .....	360
§ 28	[Eintritt in das Geschäft eines Einzelkaufmanns] .....	366
§ 29	[Anmeldung der Firma] .....	379
§ 30	[Unterscheidbarkeit] .....	381
§ 31	[Änderung der Firma; Erlöschen] .....	385
§ 32	[Insolvenzverfahren] .....	388
§ 33	[Juristische Person] .....	390
§ 34	[Anmeldung und Eintragung von Änderungen] .....	393
§ 35	[aufgehoben] .....	394
§ 36	[aufgehoben] .....	394
§ 37	[Unzulässiger Firmengebrauch] .....	394
§ 37a	[Angaben auf Geschäftsbriefen] .....	398

**Vierter Abschnitt  
Handelsbücher**

§§ 38–47b	[aufgehoben] .....	401
-----------	--------------------	-----

**Fünfter Abschnitt  
Prokura und Handlungsvollmacht**

Vor §§ 48–58	.....	401
§ 48	[Erteilung der Prokura; Gesamtprokura] .....	403
§ 49	[Umfang der Prokura] .....	409
§ 50	[Beschränkung des Umfanges] .....	414
§ 51	[Zeichnung des Prokuristen] .....	416
§ 52	[Widerruflichkeit; Unübertragbarkeit; Tod des Inhabers] .....	417
§ 53	[Anmeldung der Erteilung und des Erlöschens] .....	421
§ 54	[Handlungsvollmacht] .....	424
§ 55	[Abschlussvertreter] .....	428
§ 56	[Angestellte in Laden oder Warenlager] .....	429
§ 57	[Zeichnung des Handlungsbevollmächtigten] .....	431
§ 58	[Unübertragbarkeit der Handlungsvollmacht] .....	431

**Sechster Abschnitt  
Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge**

Vor §§ 59–83	.....	433
§ 59	[Handlungsgehilfe] .....	433
§ 60	[Gesetzliches Wettbewerbsverbot] .....	436
§ 61	[Verletzung des Wettbewerbsverbots] .....	447
§ 62	[Fürsorgepflicht des Arbeitgebers] .....	455

§ 63	[aufgehoben] .....	458
§ 64	[Gehaltszahlung] .....	458
§ 65	[Provision] .....	458
§§ 66–73	[aufgehoben] .....	463
§ 74	[Vertragliches Wettbewerbsverbot; bezahlte Karenz] .....	463
§ 74a	[Unverbindliches oder nichtiges Verbot] .....	484
§ 74b	[Zahlung und Berechnung der Entschädigung] .....	489
§ 74c	[Anrechnung anderweitigen Erwerbs] .....	491
§ 75	[Unwirksamwerden des Wettbewerbsverbots] .....	500
§ 75a	[Verzicht des Prinzipals auf Wettbewerbsverbot] .....	503
§ 75b	[aufgehoben] .....	505
§ 75c	[Vertragsstrafe] .....	506
§ 75d	[Abweichende Vereinbarungen] .....	507
§ 75e	[aufgehoben] .....	508
§ 75f	[Sperrabrede unter Arbeitgebern] .....	508
§ 75g	[Vermittlungshilfe] .....	513
§ 75h	[Unkenntnis des Mangels der Vertretungsmacht] .....	513
§§ 76–82	[aufgehoben] .....	514
§ 82a	[Wettbewerbsverbot des Volontärs] .....	514
§ 83	[Andere Arbeitnehmer] .....	514

**Siebenter Abschnitt  
Handelsvertreter**

§ 84	[Begriff des Handelsvertreters] .....	515
§ 85	[Vertragsurkunde] .....	530
§ 86	[Pflichten des Handelsvertreters] .....	532
§ 86a	[Pflichten des Unternehmers] .....	541
§ 86b	[Delkredereprovision] .....	546
§ 87	[Provisionspflichtige Geschäfte] .....	550
§ 87a	[Fälligkeit der Provision] .....	559
§ 87b	[Höhe der Provision] .....	566
§ 87c	[Abrechnung über die Provision] .....	570
§ 87d	[Ersatz von Aufwendungen] .....	577
§ 88	[aufgehoben] .....	579
§ 88a	[Zurückbehaltungsrecht] .....	579
§ 89	[Kündigung des Vertrages] .....	580
§ 89a	[Fristlose Kündigung] .....	586
§ 89b	[Ausgleichsanspruch] .....	593
§ 90	[Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse] .....	609
§ 90a	[Wettbewerbsabrede] .....	611
§ 91	[Vollmachten des Handelsvertreters] .....	616
§ 91a	[Mangel der Vertretungsmacht] .....	617
§ 92	[Versicherungs- und Bausparkassenvertreter] .....	618
§ 92a	[Mindestarbeitsbedingungen] .....	619
§ 92b	[Handelsvertreter im Nebenberuf] .....	621
§ 92c	[Handelsvertreter außerhalb der EG; Schifffahrtsvertreter] .....	622
Anhang zu § 92c:	Franchise- und Vertragshändlerverträge .....	623

**Achter Abschnitt  
Handelsmakler**

Vor §§ 93–104 .....	650
§ 93 [Begriff] .....	651
§ 94 [Schlussnote] .....	671
§ 95 [Vorbehaltene Aufgabe] .....	673
§ 96 [Aufbewahrung von Proben] .....	676
§ 97 [Keine Inkassovollmacht] .....	676
§ 98 [Haftung gegenüber beiden Parteien] .....	677
§ 99 [Lohnanspruch gegen beide Parteien] .....	677
§ 100 [Tagebuch] .....	678
§ 101 [Auszüge aus dem Tagebuch] .....	678
§ 102 [Vorlegung im Rechtsstreit] .....	678
§ 103 [Ordnungswidrigkeiten] .....	678
§ 104 [Kräermakler] .....	678

**Neunter Abschnitt  
Bußgeldvorschriften**

§ 104a Bußgeldvorschrift .....	679
--------------------------------	-----

**Zweites Buch  
Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft**

**Erster Abschnitt  
Offene Handelsgesellschaft**

**Erster Titel  
Errichtung der Gesellschaft**

§ 105 Begriff der offenen Handelsgesellschaft; Anwendbarkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs .....	681
Anhang zu § 105: Die OHG im Insolvenzplanverfahren nach ESUG .....	802
§ 106 Anmeldung zum Handelsregister; Statuswechsel .....	809
§ 107 Kleingewerbliche, vermögensverwaltende oder freiberufliche Gesellschaft; Statuswechsel .....	836
Anhang zu § 107 (1): Konzernrecht .....	848
Anhang zu § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe .....	900

**Zweiter Titel**

**Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander und der Gesellschafter zur Gesellschaft**

§ 108 Gestaltungsfreiheit .....	925
§ 109 Beschlussfassung .....	938
§ 110 Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen .....	942
§ 111 Anfechtungsbefugnis; Rechtsschutzbedürfnis .....	945
§ 112 Klagefrist .....	946
§ 113 Anfechtungsklage .....	948
§ 114 Nichtigkeitsklage .....	950
§ 115 Verbindung von Anfechtungs- und Feststellungsklage .....	951
§ 116 Geschäftsführungsbefugnis .....	952
§ 117 Wettbewerbsverbot .....	967
§ 118 Verletzung des Wettbewerbsverbots .....	971
§ 119 Verzinsungspflicht .....	973
§ 120 Ermittlung von Gewinn- und Verlustanteilen .....	973

§ 121	Feststellung des Jahresabschlusses .....	976
§ 122	Gewinnauszahlung .....	976

**Dritter Titel**

**Rechtsverhältnis der Gesellschaft zu Dritten**

§ 123	Entstehung der Gesellschaft im Verhältnis zu Dritten .....	978
§ 124	Vertretung der Gesellschaft .....	983
§ 125	Angaben auf Geschäftsbriefen .....	993
§ 125a	[nicht mehr belegt] .....	996
§ 126	Persönliche Haftung der Gesellschafter .....	996
§ 127	Haftung des eintretenden Gesellschafters .....	1015
§ 128	Einwendungen und Einreden des Gesellschafters .....	1018
§ 129	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft oder gegen ihre Gesellschafter .....	1023
§ 129a	[nicht mehr belegt] .....	1025

**Vierter Titel**

**Ausscheiden eines Gesellschafters**

§ 130	Gründe für das Ausscheiden; Zeitpunkt des Ausscheidens .....	1025
§§ 130a, 130b	[nicht mehr belegt] .....	1038
§ 131	Fortsetzung mit dem Erben; Ausscheiden des Erben .....	1038
§ 132	Kündigung der Mitgliedschaft durch den Gesellschafter .....	1049
§ 133	Kündigung der Mitgliedschaft durch einen Privatgläubiger des Gesellschafters .....	1070
§ 134	Gerichtliche Entscheidung über Ausschließungsklage .....	1080
§ 135	Ansprüche des ausgeschiedenen Gesellschafters .....	1102
§ 136	Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters für Fehlbetrag .....	1116
§ 137	Nachhaftung des ausgeschiedenen Gesellschafters .....	1118

**Fünfter Titel**

**Auflösung der Gesellschaft**

§ 138	Auflösungsgründe .....	1125
§ 139	Auflösung durch gerichtliche Entscheidung .....	1133
§ 140	Auflösungsbeschluss .....	1145
§ 141	Anmeldung der Auflösung .....	1147
§ 142	Fortsetzung der Gesellschaft .....	1150

**Sechster Titel**

**Liquidation der Gesellschaft**

§ 143	Notwendigkeit der Liquidation; anwendbare Vorschriften .....	1155
§ 144	Liquidatoren .....	1162
§ 145	Gerichtliche Berufung und Abberufung von Liquidatoren .....	1166
§ 146	Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der Liquidatoren .....	1169
§ 147	Anmeldung der Liquidatoren .....	1173
§ 148	Rechtsstellung der Liquidatoren .....	1175
§ 149	Haftung des Gesellschafters für Fehlbetrag .....	1186
§ 150	Anmeldung des Erlöschens der Firma .....	1187
§ 151	Verjährung von Ansprüchen aus der Gesellschafterhaftung .....	1188
§ 152	Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen; Einsicht in die Geschäftsunterlagen .....	1191
§§ 153–160	[nicht mehr belegt] .....	1192

**Zweiter Abschnitt  
Kommanditgesellschaft**

§ 161	[Begriff der KG; Anwendbarkeit der OHG-Vorschriften] .....	1192
§ 162	[Anmeldung zum Handelsregister] .....	1217
§ 163	[Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander] .....	1224
§ 164	Geschäftsführungsbefugnis .....	1231
§ 165	[Wettbewerbsverbot] .....	1241
§ 166	Informationsrecht der Kommanditisten .....	1244
§ 167	Verlustbeteiligung .....	1251
§ 168	[aufgehoben] .....	1256
§ 169	[Gewinnauszahlung] .....	1256
§ 170	Vertretung der Kommanditgesellschaft .....	1258
§ 171	[Haftung des Kommanditisten] .....	1260
§ 172	[Umfang der Haftung] .....	1312
§ 172a	[aufgehoben] .....	1330
§ 173	[Haftung bei Eintritt als Kommanditist] .....	1331
§ 174	[Herabsetzung der Haftsumme] .....	1340
§ 175	[Anmeldung der Änderung einer Haftsumme] .....	1341
§ 176	[Haftung vor Eintragung] .....	1342
§ 177	[Tod eines Kommanditisten] .....	1352
§ 177a	[Angaben auf Geschäftsbriefen] .....	1355
Anhang zu § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft .....		1355
Anhang zu § 177a (2): GmbH & Co. KG .....		1374
§ 178	Liquidation der Kommanditgesellschaft .....	1391
§ 179	Insolvenz der Kommanditgesellschaft .....	1392
§§ 180–229	[aufgehoben] .....	1394

**Dritter Abschnitt  
Stille Gesellschaft**

§ 230	[Begriff und Wesen der stillen Gesellschaft] .....	1395
§ 231	[Gewinn und Verlust] .....	1407
§ 232	[Gewinn- und Verlustrechnung] .....	1410
§ 233	Informationsrecht des stillen Gesellschafters .....	1414
§ 234	[Kündigung der Gesellschaft; Tod des stillen Gesellschafters] .....	1419
§ 235	[Auseinandersetzung] .....	1425
§ 236	[Insolvenz des Inhabers] .....	1428
§ 237	[aufgehoben] .....	1432

**Drittes Buch  
Handelsbücher**

**Erster Abschnitt  
Vorschriften für alle Kaufleute**

**Erster Unterabschnitt Buchführung. Inventar**

§ 238	Buchführungspflicht .....	1433
§ 239	Führung der Handelsbücher .....	1439
§ 240	Inventar .....	1444
§ 241	Inventurvereinfachungsverfahren .....	1448
§ 241a	Befreiung von der Pflicht zur Buchführung und Erstellung eines Inventars .....	1452

**Zweiter Unterabschnitt Eröffnungsbilanz. Jahresabschluß**

**Erster Titel  
Allgemeine Vorschriften**

Vor §§ 242–245 .....	1455
§ 242 Pflicht zur Aufstellung .....	1455
§ 243 Aufstellungsgrundsatz .....	1459
§ 244 Sprache. Währungseinheit .....	1467
§ 245 Unterzeichnung .....	1469

**Zweiter Titel  
Ansatzvorschriften**

Vor §§ 246–251 .....	1471
§ 246 Vollständigkeit. Verrechnungsverbot .....	1472
§ 247 Inhalt der Bilanz .....	1488
§ 248 Bilanzierungsverbote und -wahlrechte .....	1492
§ 249 Rückstellungen .....	1497
§ 250 Rechnungsabgrenzungsposten .....	1516
§ 251 Haftungsverhältnisse .....	1521

**Dritter Titel  
Bewertungsvorschriften**

Vor §§ 252–256a .....	1530
§ 252 Allgemeine Bewertungsgrundsätze .....	1531
§ 253 Zugangs- und Folgebewertung .....	1543
§ 254 Bildung von Bewertungseinheiten .....	1564
§ 255 Bewertungsmaßstäbe .....	1569
§ 256 Bewertungsvereinfachungsverfahren .....	1593
§ 256a Währungsumrechnung .....	1597

**Dritter Unterabschnitt Aufbewahrung und Vorlage**

§ 257 Aufbewahrung von Unterlagen. Aufbewahrungsfristen .....	1600
§ 258 Vorlegung im Rechtsstreit .....	1606
§ 259 Auszug bei Vorlegung im Rechtsstreit .....	1609
§ 260 Vorlegung bei Auseinandersetzungen .....	1610
§ 261 Vorlegung von Unterlagen auf Bild- oder Datenträgern .....	1611

**Vierter Unterabschnitt Landesrecht**

§ 262 [aufgehoben] .....	1612
§ 263 Vorbehalt landesrechtlicher Vorschriften .....	1612

**Zweiter Abschnitt  
Ergänzende Vorschriften für Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften,  
Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung)  
sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften**

Vorbemerkung zum Zweiten Abschnitt .....	1613
--	------

**Erster Unterabschnitt Jahresabschluß der Kapitalgesellschaft und Lagebericht**

**Erster Titel  
Allgemeine Vorschriften**

Vor §§ 264–265 .....	1614
§ 264 Pflicht zur Aufstellung; Befreiung .....	1614

§ 264a	Anwendung auf bestimmte offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften .....	1626
§ 264b	Befreiung der offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften im Sinne des § 264a von der Anwendung der Vorschriften dieses Abschnitts .....	1629
§ 264c	Besondere Bestimmungen für offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften im Sinne des § 264a .....	1633
§ 264d	Kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft .....	1641
§ 265	Allgemeine Grundsätze für die Gliederung .....	1643

**Zweiter Titel  
Bilanz**

Vor §§ 266–274a .....	1650	
§ 266	Gliederung der Bilanz .....	1650
§ 267	Umschreibung der Größenklassen .....	1664
§ 267a	Kleinstkapitalgesellschaften .....	1668
§ 268	Vorschriften zu einzelnen Posten der Bilanz. Bilanzvermerke .....	1672
§ 269	[aufgehoben] .....	1682
§ 270	Bildung bestimmter Posten .....	1682
§ 271	Beteiligungen. Verbundene Unternehmen .....	1684
§ 272	Eigenkapital .....	1689
§ 273	[aufgehoben] .....	1705
§ 274	Latente Steuern .....	1705
§ 274a	Größenabhängige Erleichterungen .....	1719

**Dritter Titel  
Gewinn- und Verlustrechnung**

Vor §§ 275–278 .....	1721	
§ 275	Gliederung .....	1721
§ 276	Größenabhängige Erleichterungen .....	1735
§ 277	Vorschriften zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung .....	1737
§ 278	[aufgehoben] .....	1739

**Vierter Titel  
[aufgehoben]**

§§ 279–283 [aufgehoben] .....	1739
-------------------------------	------

**Fünfter Titel  
Anhang**

Vor §§ 284–288 .....	1739	
§ 284	Erläuterung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung .....	1740
§ 285	Sonstige Pflichtangaben .....	1753
§ 286	Unterlassen von Angaben .....	1788
§ 287	[aufgehoben] .....	1791
§ 288	Größenabhängige Erleichterungen .....	1791

**Sechster Titel  
Lagebericht**

§ 289	Inhalt des Lageberichts .....	1794
§ 289a	Ergänzende Vorgaben für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien .....	1808
§ 289b	Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung, Befreiungen .....	1812
§ 289c	Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung .....	1818

§ 289d	Nutzung von Rahmenwerken .....	1821
§ 289e	Weglassen nachteiliger Angaben .....	1822
§ 289f	Erklärung zur Unternehmensführung .....	1823

**Zweiter Unterabschnitt Konzernabschluß und Konzernlagebericht**

**Erster Titel  
Anwendungsbereich**

Vor §§ 290–293 .....	1832	
§ 290	Pflicht zur Aufstellung .....	1833
§ 291	Befreiende Wirkung von EU/EWR-Konzernabschlüssen .....	1841
§ 292	Befreiende Wirkung von Konzernabschlüssen aus Drittstaaten .....	1845
§ 292a	[aufgehoben] .....	1848
§ 293	Größenabhängige Befreiungen .....	1848

**Zweiter Titel  
Konsolidierungskreis**

Vor §§ 294, 296 .....	1852	
§ 294	Einzubeziehende Unternehmen. Vorlage- und Auskunftspflichten .....	1852
§ 295	[aufgehoben] .....	1854
§ 296	Verzicht auf die Einbeziehung .....	1855

**Dritter Titel  
Inhalt und Form des Konzernabschlusses**

Vor §§ 297–299 .....	1860	
§ 297	Inhalt .....	1860
§ 298	Anzuwendende Vorschriften. Erleichterungen .....	1870
§ 299	Stichtag für die Aufstellung .....	1875

**Vierter Titel  
Vollkonsolidierung**

Vor §§ 300–307 .....	1878	
§ 300	Konsolidierungsgrundsätze. Vollständigkeitsgebot .....	1878
§ 301	Kapitalkonsolidierung .....	1882
§ 302	[aufgehoben] .....	1902
§ 303	Schuldenkonsolidierung .....	1902
§ 304	Behandlung der Zwischenergebnisse .....	1908
§ 305	Aufwands- und Ertragskonsolidierung .....	1912
§ 306	Latente Steuern .....	1913
§ 307	Anteile anderer Gesellschafter .....	1922

**Fünfter Titel  
Bewertungsvorschriften**

Vor §§ 308–309 .....	1928	
§ 308	Einheitliche Bewertung .....	1928
§ 308a	Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen .....	1932
§ 309	Behandlung des Unterschiedsbetrags .....	1935

**Sechster Titel  
Anteilmäßige Konsolidierung**

Vor § 310 .....	1940	
§ 310	Anteilmäßige Konsolidierung .....	1940

<b>Siebenter Titel</b>	
<b>Assoziierte Unternehmen</b>	
Vor §§ 311–312 .....	1946
§ 311 Definition. Befreiung .....	1946
§ 312 Wertansatz der Beteiligung und Behandlung des Unterschiedsbetrags .....	1950
<b>Achter Titel</b>	
<b>Konzernanhang</b>	
Vor §§ 313–314 .....	1961
§ 313 Erläuterung der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Angaben zum Beteiligungsbesitz .....	1962
§ 314 Sonstige Pflichtangaben .....	1974
<b>Neunter Titel</b>	
<b>Konzernlagebericht</b>	
§ 315 Inhalt des Konzernlageberichts .....	1987
§ 315a Ergänzende Vorschriften für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien .....	1992
§ 315b Pflicht zur nichtfinanziellen Konzernklärung, Befreiungen .....	1995
§ 315c Inhalt der nichtfinanziellen Konzernklärung .....	1999
§ 315d Konzernklärung zur Unternehmensführung .....	2000
<b>Zehnter Titel</b>	
<b>Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards</b>	
Vor § 315e .....	2002
§ 315e [Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards] .....	2002
<b>Dritter Unterabschnitt Prüfung</b>	
Vor §§ 316–324a .....	2009
§ 316 Pflicht zur Prüfung .....	2021
§ 316a Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse .....	2028
§ 317 Gegenstand und Umfang der Prüfung .....	2033
§ 318 Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers .....	2046
Anhang zu § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO .....	2057
§ 319 Auswahl der Abschlussprüfer und Ausschlussgründe .....	2071
Anhang zu § 319: Art. 4–6 EU-APrVO .....	2082
§ 319a Besondere Ausschlussgründe bei Unternehmen von öffentlichem Interesse [aufgehoben] .....	2094
§ 319b Netzwerk .....	2095
§ 320 Vorlagepflicht. Auskunftsrecht .....	2098
Anhang zu § 320: Art. 18 EU-APrVO .....	2103
§ 321 Prüfungsbericht .....	2104
Anhang zu § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO .....	2111
§ 321a Offenlegung des Prüfungsberichts in besonderen Fällen .....	2118
§ 322 Bestätigungsvermerk .....	2122
Anhang zu § 322: Art. 10 EU-APrVO .....	2130
§ 323 Verantwortlichkeit des Abschlußprüfers .....	2134
§ 324 Prüfungsausschuss .....	2144
§ 324a Anwendung auf den Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a .....	2153

**Vierter Unterabschnitt Offenlegung, Prüfung durch die  
das Unternehmensregister führende Stelle**

§ 325	Offenlegung .....	2155
§ 325a	Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Ausland .....	2165
§ 326	Größenabhängige Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften bei der Offenlegung .....	2168
§ 327	Größenabhängige Erleichterungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften bei der Offenlegung .....	2169
§ 327a	Erleichterung für bestimmte kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften .....	2170
§ 328	Form, Format und Inhalt der Unterlagen bei der Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung .....	2171
§ 329	Prüfungs- und Unterrichtungspflicht der das Unternehmensregister führenden Stelle ....	2174

**Fünfter Unterabschnitt Verordnungsermächtigung für Formblätter  
und andere Vorschriften**

§ 330	[Verordnungsermächtigung für Formblätter und andere Vorschriften] .....	2176
-------	---	------

**Sechster Unterabschnitt Straf- und Bußgeldvorschriften. Ordnungsgelder**

**Erster Titel  
Straf- und Bußgeldvorschriften**

§ 331	Unrichtige Darstellung .....	2179
§ 331a	Unrichtige Versicherung .....	2181
§ 332	Verletzung der Berichtspflicht .....	2181
§ 333	Verletzung der Geheimhaltungspflicht .....	2183
§ 333a	Verletzung der Pflichten bei Abschlussprüfungen .....	2184
§ 334	Bußgeldvorschriften .....	2185

**Zweiter Titel  
Ordnungsgelder**

§ 335	Festsetzung von Ordnungsgeld; Verordnungsermächtigungen .....	2188
§ 335a	Beschwerde gegen die Festsetzung von Ordnungsgeld; Rechtsbeschwerde; Verordnungsermächtigung .....	2196

**Dritter Titel  
Gemeinsame Vorschriften für Straf-, Bußgeld- und Ordnungsgeldverfahren**

§ 335b	Anwendung der Straf- und Bußgeld- sowie der Ordnungsgeldvorschriften auf bestimmte offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften .....	2199
§ 335c	Mitteilungen an die Abschlussprüferaufsichtsstelle .....	2199

**Dritter Abschnitt  
Ergänzende Vorschriften für eingetragene Genossenschaften**

§ 336	Pflicht zur Aufstellung von Jahresabschluß und Lagebericht .....	2200
§ 337	Vorschriften zur Bilanz .....	2201
§ 338	Vorschriften zum Anhang .....	2203
§ 339	Offenlegung .....	2204

<b>Vierter Abschnitt</b>	
<b>Ergänzende Vorschriften für bestimmte Unternehmen</b>	
<b>Erster Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, Wertpapierinstitute, Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute</b>	
<b>Erster Titel</b>	
<b>Anwendungsbereich</b>	
§ 340 [Anwendungsbereich] .....	2206
<b>Zweiter Titel</b>	
<b>Jahresabschluß, Lagebericht, Zwischenabschluß</b>	
§ 340a Anzuwendende Vorschriften .....	2207
§ 340b Pensionsgeschäfte .....	2208
§ 340c Vorschriften zur Gewinn- und Verlustrechnung und zum Anhang .....	2208
§ 340d Fristgliederung .....	2209
<b>Dritter Titel</b>	
<b>Bewertungsvorschriften</b>	
§ 340e Bewertung von Vermögensgegenständen .....	2209
§ 340f Vorsorge für allgemeine Bankrisiken .....	2210
§ 340g Sonderposten für allgemeine Bankrisiken .....	2210
<b>Vierter Titel</b>	
<b>Währungsumrechnung</b>	
§ 340h Währungsumrechnung .....	2210
<b>Fünfter Titel</b>	
<b>Konzernabschluß, Konzernlagebericht, Konzernzwischenabschluß</b>	
§ 340i Pflicht zur Aufstellung .....	2210
§ 340j Einzubeziehende Unternehmen .....	2211
<b>Sechster Titel</b>	
<b>Prüfung</b>	
§ 340k [Prüfung] .....	2211
<b>Siebenter Titel</b>	
<b>Offenlegung</b>	
§ 340l [Offenlegung] .....	2213
<b>Achter Titel</b>	
<b>Straf- und Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder</b>	
§ 340m Strafvorschriften .....	2214
§ 340n Bußgeldvorschriften .....	2214
§ 340o Festsetzung von Ordnungsgeld .....	2217
<b>Zweiter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds</b>	
<b>Erster Titel</b>	
<b>Anwendungsbereich</b>	
§ 341 [Anwendungsbereich] .....	2218

<b>Zweiter Titel</b>	
<b>Jahresabschluß, Lagebericht</b>	
§ 341a	Anzuwendende Vorschriften ..... 2218
<b>Dritter Titel</b>	
<b>Bewertungsvorschriften</b>	
§ 341b	Bewertung von Vermögensgegenständen ..... 2219
§ 341c	Namensschuldverschreibungen, Hypothekendarlehen und andere Forderungen ..... 2220
§ 341d	Anlagestock der fondsgebundenen Lebensversicherung ..... 2220
<b>Vierter Titel</b>	
<b>Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	
§ 341e	Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze ..... 2220
§ 341f	Deckungsrückstellung ..... 2221
§ 341g	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ..... 2221
§ 341h	Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen ..... 2221
<b>Fünfter Titel</b>	
<b>Konzernabschluß, Konzernlagebericht</b>	
§ 341i	Aufstellung, Fristen ..... 2222
§ 341j	Anzuwendende Vorschriften ..... 2222
<b>Sechster Titel</b>	
<b>Prüfung</b>	
§ 341k	[Prüfung] ..... 2223
<b>Siebenter Titel</b>	
<b>Offenlegung</b>	
§ 341l	[Offenlegung] ..... 2223
<b>Achter Titel</b>	
<b>Straf- und Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder</b>	
§ 341m	Strafvorschriften ..... 2224
§ 341n	Bußgeldvorschriften ..... 2224
§ 341o	Festsetzung von Ordnungsgeld ..... 2226
§ 341p	Anwendung der Straf- und Bußgeld- sowie der Ordnungsgeldvorschriften auf Pensionsfonds ..... 2227
<b>Dritter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für bestimmte Unternehmen des Rohstoffsektors</b>	
<b>Erster Titel</b>	
<b>Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen</b>	
§ 341q	Anwendungsbereich ..... 2227
§ 341r	Begriffsbestimmungen ..... 2227
<b>Zweiter Titel</b>	
<b>Zahlungsbericht, Konzernzahlungsbericht und Offenlegung</b>	
§ 341s	Pflicht zur Erstellung des Zahlungsberichts; Befreiungen ..... 2228
§ 341t	Inhalt des Zahlungsberichts ..... 2228
§ 341u	Gliederung des Zahlungsberichts ..... 2229
§ 341v	Konzernzahlungsbericht; Befreiung ..... 2229
§ 341w	Offenlegung ..... 2230

<b>Dritter Titel</b>	
<b>Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder</b>	
§ 341x	Bußgeldvorschriften ..... 2230
§ 341y	Ordnungsgeldvorschriften ..... 2231
<b>Vierter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für bestimmte umsatzstarke multinationale Unternehmen und Konzerne</b>	
<b>Erster Titel</b>	
<b>Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen</b>	
§ 342	Anwendungsbereich ..... 2231
§ 342a	Begriffsbestimmungen ..... 2231
<b>Zweiter Titel</b>	
<b>Pflicht zur Ertragsteuerinformationsberichterstattung</b>	
§ 342b	Unverbundene Unternehmen mit Sitz im Inland ..... 2232
§ 342c	Oberste Mutterunternehmen mit Sitz im Inland ..... 2232
§ 342d	Tochterunternehmen mit Sitz im Inland von obersten Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat ..... 2233
§ 342e	Inländische Zweigniederlassungen unverbundener Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat ..... 2234
§ 342f	Inländische Zweigniederlassungen verbundener Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat ..... 2235
<b>Dritter Titel</b>	
<b>Einzubeziehende Unternehmen; Inhalt und Form des Ertragsteuerinformationsberichts</b>	
§ 342g	Einzubeziehende Unternehmen ..... 2236
§ 342h	Pflichtangaben ..... 2236
§ 342i	Länderbezogener Ausweis der Angaben ..... 2237
§ 342j	Währung ..... 2237
§ 342k	Weglassen nachteiliger Angaben ..... 2237
§ 342l	Formblatt; maschinenlesbares elektronisches Format ..... 2238
<b>Vierter Titel</b>	
<b>Offenlegung und Veröffentlichung</b>	
§ 342m	Offenlegung im Unternehmensregister ..... 2238
§ 342n	Veröffentlichung auf der Internetseite der Gesellschaft ..... 2239
<b>Fünfter Titel</b>	
<b>Bußgeldvorschriften; Ordnungsgelder</b>	
§ 342o	Bußgeldvorschriften ..... 2240
§ 342p	Ordnungsgelder ..... 2240
<b>Fünfter Abschnitt</b>	
<b>Privates Rechnungslegungsgremium; Rechnungslegungsbeirat</b>	
§ 342q	Privates Rechnungslegungsgremium ..... 2240
§ 342r	Rechnungslegungsbeirat ..... 2243
Anhang zu § 342r (1): §§ 106–113a WpHG ..... 2244	
Anhang zu § 342r (2): Unternehmensbewertung ..... 2260	

**Viertes Buch  
Handelsgeschäfte**

**Erster Abschnitt  
Allgemeine Vorschriften**

§ 343	[Begriff der Handelsgeschäfte] .....	2276
§ 344	[Vermutung für das Handelsgeschäft] .....	2278
§ 345	[Einseitige Handelsgeschäfte] .....	2283
§ 346	[Handelsbräuche] .....	2284
§ 347	[Sorgfaltspflicht] .....	2320
§ 348	[Vertragsstrafe] .....	2339
§ 349	[Keine Einrede der Vorausklage] .....	2343
§ 350	[Formfreiheit] .....	2346
§ 351	[aufgehoben] .....	2350
§ 352	[Gesetzlicher Zinssatz] .....	2350
§ 353	[Fälligkeitszinsen] .....	2352
§ 354	[Provision; Lagergeld; Zinsen] .....	2354
§ 354a	[Wirksamkeit der Abtretung einer Geldforderung] .....	2358
§ 355	[Laufende Rechnung, Kontokorrent] .....	2363
§ 356	[Sicherheiten] .....	2376
§ 357	[Pfändung des Saldos] .....	2378
§ 358	[Zeit der Leistung] .....	2382
§ 359	[Vereinbarte Zeit der Leistung; „acht Tage“] .....	2383
§ 360	[Gattungsschuld] .....	2384
§ 361	[Maß, Gewicht, Währung, Zeitrechnung und Entfernungen] .....	2385
§ 362	[Schweigen des Kaufmanns auf Anträge] .....	2387
§ 363	[Kaufmännische Orderpapiere] .....	2393
§ 364	[Indossament] .....	2397
§ 365	[Anwendung des Wechselrechts; Aufgebotsverfahren] .....	2401
§ 365a	[Elektronische Transportversicherungspolice] .....	2404
§ 366	[Gutgläubiger Erwerb von beweglichen Sachen] .....	2405
§ 367	[Gutgläubiger Erwerb gewisser Wertpapiere] .....	2410
§ 368	[Pfandverkauf] .....	2413
§ 369	[Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht] .....	2414
§ 370	[aufgehoben] .....	2422
§ 371	[Befriedigungsrecht] .....	2422
§ 372	[Eigentumsfiktion und Rechtskraftwirkung bei Befriedigungsrecht] .....	2427
Anhang zu § 372:	Grundlagen des Bankrechtes .....	2429

**Zweiter Abschnitt  
Handelskauf**

Vor §§ 373–381 .....	2492	
§ 373	[Annahmeverzug des Käufers] .....	2498
§ 374	[Vorschriften des BGB über Annahmeverzug] .....	2506
§ 375	[Bestimmungskauf] .....	2508
§ 376	[Fixhandelskauf] .....	2514
§ 377	[Untersuchungs- und Rügepflicht] .....	2521
§ 378	[aufgehoben] .....	2551
§ 379	[Einstweilige Aufbewahrung; Notverkauf] .....	2551
§ 380	[Taragewicht] .....	2557

§ 381	[Kauf von Wertpapieren; Werklieferungsvertrag] .....	2559
§ 382	[aufgehoben] .....	2562

**Dritter Abschnitt  
Kommissionsgeschäft**

§ 383	[Kommissionär; Kommissionsvertrag] .....	2563
§ 384	[Pflichten des Kommissionärs] .....	2569
§ 385	[Weisungen des Kommittenten] .....	2574
§ 386	[Preisgrenzen] .....	2575
§ 387	[Vorteilhafterer Abschluss] .....	2576
§ 388	[Beschädigtes oder mangelhaftes Kommissionsgut] .....	2576
§ 389	[Hinterlegung; Selbsthilfeverkauf] .....	2577
§ 390	[Haftung des Kommissionärs für das Gut] .....	2578
§ 391	[Untersuchungs- und Rügepflicht; Aufbewahrung; Notverkauf] .....	2578
§ 392	[Forderungen aus dem Kommissionsgeschäft] .....	2579
§ 393	[Vorschuss; Kredit] .....	2583
§ 394	[Delkredere] .....	2584
§ 395	[Wechselindossament] .....	2585
§ 396	[Provision des Kommissionärs; Ersatz von Aufwendungen] .....	2585
§ 397	Pfandrecht des Kommissionärs .....	2587
§ 398	[Befriedigung aus eigenem Kommissionsgut] .....	2588
§ 399	[Befriedigung aus Forderungen] .....	2588
§ 400	[Selbsteintritt des Kommissionärs] .....	2589
§ 401	[Deckungsgeschäft] .....	2591
§ 402	[Unabdingbarkeit] .....	2592
§ 403	[Provision bei Selbsteintritt] .....	2592
§ 404	[Gesetzliches Pfandrecht] .....	2592
§ 405	[Ausführungsanzeige und Selbsteintritt; Widerruf der Kommission] .....	2592
§ 406	[Ähnliche Geschäfte] .....	2593

**Vierter Abschnitt  
Frachtgeschäft**

**Erster Unterabschnitt Allgemeine Vorschriften**

Vor §§ 407–450 .....	2594	
§ 407	Frachtvertrag .....	2599
§ 408	Frachtbrief. Verordnungsermächtigung .....	2604
§ 409	Beweiskraft des Frachtbriefs .....	2607
§ 410	Gefährliches Gut .....	2610
§ 411	Verpackung. Kennzeichnung .....	2612
§ 412	Verladen und Entladen. Verordnungsermächtigung .....	2614
§ 413	Begleitpapiere .....	2617
§ 414	Verschuldensunabhängige Haftung des Absenders in besonderen Fällen .....	2620
§ 415	Kündigung durch den Absender .....	2622
§ 416	Anspruch auf Teilbeförderung .....	2624
§ 417	Rechte des Frachtführers bei Nichteinhaltung der Ladezeit .....	2625
§ 418	Nachträgliche Weisungen .....	2626
§ 419	Beförderungs- und Ablieferungshindernisse .....	2628
§ 420	Zahlung, Frachtberechnung .....	2631
§ 421	Rechte des Empfängers. Zahlungspflicht .....	2633
§ 422	Nachnahme .....	2635

§ 423	Lieferfrist .....	2637
§ 424	Verlustvermutung .....	2638
§ 425	Haftung für Güter- und Verspätungsschäden. Schadensteilung .....	2640
§ 426	Haftungsausschluß .....	2644
§ 427	Besondere Haftungsausschlußgründe .....	2645
§ 428	Haftung für andere .....	2648
§ 429	Wertersatz .....	2649
§ 430	Schadensfeststellungskosten .....	2650
§ 431	Haftungshöchstbetrag .....	2651
§ 432	Ersatz sonstiger Kosten .....	2653
§ 433	Haftungshöchstbetrag bei sonstigen Vermögensschäden .....	2654
§ 434	Außervertragliche Ansprüche .....	2656
§ 435	Wegfall der Haftungsbefreiungen und -begrenzungen .....	2658
§ 436	Haftung der Leute .....	2663
§ 437	Ausführender Frachtführer .....	2664
§ 438	Schadensanzeige .....	2665
§ 439	Verjährung .....	2667
§ 440	Pfandrecht des Frachtführers .....	2670
§ 441	Nachfolgender Frachtführer .....	2672
§ 442	Rang mehrerer Pfandrechte .....	2674
§ 443	Ladeschein. Verordnungsermächtigung .....	2674
§ 444	Wirkung des Ladescheins. Legitimation .....	2675
§ 445	Ablieferung gegen Rückgabe des Ladescheins .....	2676
§ 446	Befolgung von Weisungen .....	2678
§ 447	Einwendungen .....	2678
§ 448	Traditionswirkung des Ladescheins .....	2679
§ 449	Abweichende Vereinbarungen über die Haftung .....	2679
§ 450	Anwendung von Seefrachtrecht .....	2683

**Zweiter Unterabschnitt Beförderung von Umzugsgut**

Vor §§ 451–451h .....	2683
§ 451 Umzugsvertrag .....	2684
§ 451a Pflichten des Frachtführers .....	2685
§ 451b Frachtbrief. Gefährliches Gut. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten .....	2685
§ 451c [aufgehoben] .....	2686
§ 451d Besondere Haftungsausschlußgründe .....	2686
§ 451e Haftungshöchstbetrag .....	2687
§ 451f Schadensanzeige .....	2688
§ 451g Wegfall der Haftungsbefreiungen und -begrenzungen .....	2688
§ 451h Abweichende Vereinbarungen .....	2689

**Dritter Unterabschnitt Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln**

Vor §§ 452–452d .....	2690
§ 452 Frachtvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln .....	2691
§ 452a Bekannter Schadensort .....	2693
§ 452b Schadensanzeige. Verjährung .....	2694
§ 452c Umzugsvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln .....	2694
§ 452d Abweichende Vereinbarungen .....	2695

**Fünfter Abschnitt  
Speditionsgeschäft**

Vor §§ 453–466 .....	2702
§ 453 Speditionsvertrag .....	2704
§ 454 Besorgung der Versendung .....	2706
§ 455 Behandlung des Gutes. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten .....	2710
§ 456 Fälligkeit der Vergütung .....	2712
§ 457 Forderungen des Versenders .....	2712
§ 458 Selbsteintritt .....	2713
§ 459 Spedition zu festen Kosten .....	2714
§ 460 Sammelladung .....	2715
§ 461 Haftung des Spediteurs .....	2716
§ 462 Haftung für andere .....	2718
§ 463 Verjährung .....	2719
§ 464 Pfandrecht des Spediteurs .....	2719
§ 465 Nachfolgender Spediteur .....	2720
§ 466 Abweichende Vereinbarungen über die Haftung .....	2721

**Sechster Abschnitt  
Lagergeschäft**

§ 467 Lagervertrag .....	2722
§ 468 Behandlung des Gutes. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten .....	2726
§ 469 Sammellagerung .....	2727
§ 470 Empfang des Gutes .....	2728
§ 471 Erhaltung des Gutes .....	2729
§ 472 Versicherung. Einlagerung bei einem Dritten .....	2731
§ 473 Dauer der Lagerung .....	2732
§ 474 Aufwendungsersatz .....	2733
§ 475 Haftung für Verlust oder Beschädigung .....	2733
§ 475a Verjährung .....	2735
§ 475b Pfandrecht des Lagerhalters .....	2736
§ 475c Lagerschein. Verordnungsermächtigung .....	2737
§ 475d Wirkung des Lagerscheins. Legitimation .....	2738
§ 475e Auslieferung gegen Rückgabe des Lagerscheins .....	2739
§ 475f Einwendungen .....	2739
§ 475g Traditionswirkung des Lagerscheins .....	2740
§ 475h Abweichende Vereinbarungen .....	2740
Anhang zu § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017 (ADSp 2017) .....	2741
Anhang zu § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB .....	2754

**Fünftes Buch  
Seehandel**

[§§ 476–619 hier nicht wiedergegeben] .....	2763
Stichwortverzeichnis .....	2765

## Verzeichnis der Anhänge

Anhang zu § 8: Handelsregisterverordnung .....	128
Anhang zu § 92c: Franchise- und Vertragshändlerverträge .....	623
Anhang zu § 105: Die OHG im Insolvenzplanverfahren nach ESUG .....	802
Anhang zu § 107 (1): Konzernrecht .....	848
Anhang zu § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe .....	900
Anhang zu § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft .....	1355
Anhang zu § 177a (2): GmbH & Co. KG .....	1374
Anhang zu § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO .....	2057
Anhang zu § 319: Art. 4–6 EU-APrVO .....	2082
Anhang zu § 320: Art. 18 EU-APrVO .....	2103
Anhang zu § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO .....	2111
Anhang zu § 322: Art. 10 EU-APrVO .....	2130
Anhang zu § 342r (1): §§ 106–113a WpHG .....	2244
Anhang zu § 342r (2): Unternehmensbewertung .....	2260
Anhang zu § 372: Grundlagen des Bankrechtes .....	2429
Anhang zu § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017 (ADSp 2017) .....	2741
Anhang zu § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB .....	2754

## Bearbeiterverzeichnis

<i>Dr. Irini Abouzaridi</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Bonn	§§ 84–92c (fortgeführt, in der Voraufll. <i>J. Keßler</i> )
<i>Wjatscheslaw Anissimov</i> Rechtsanwalt, Köln	§§ 143–150, 152, 178
<i>Prof. Dr. Andreas J. Baumert</i> Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Achern	§ 179
<i>Dr. Stefanie Bergmann, LL.M. (Madison-Wisconsin)</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht, Hamburg	Anh. § 177a (2): GmbH & Co. KG
<i>Dr. Stefanie Deckers</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn	§§ 272, 289a (jeweils gemeinsam mit <i>Scholz</i> )
<i>PD Dr. Andreas Dieckmann</i> Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	§§ 267–271
<i>Dr. Markus Dinkelbach</i> Rechtsanwalt, Köln	§§ 335–339 (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Stork</i> )
<i>Achim Dörner, LL.M.</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Ludwigsburg	§§ 331–334 (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Stork</i> )
<i>Dr. Stephanie Eberl, LL.M. oec.</i> Rechtsanwältin, München	§§ 137, 151, 161–170, 355–372
<i>Dipl.-Kfm. Peter Ebert</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Leipzig	§ 265, Vor §§ 266–274a, § 266
<i>Prof. Dr. Robert Freitag, Maître en droit (Bordeaux)</i> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Oberlandesgericht Nürnberg	§§ 123, 124 § 129 (gemeinsam mit <i>Rösch</i> )
<i>Dipl.-Kfm. Dr. Andreas Gattung</i> Wolfsburg	Vor §§ 290–293, §§ 290–293, Vor §§ 294, 296, §§ 294, 296, Vor §§ 300–307, §§ 300–305, 307, Vor § 315e, § 315e (jeweils gemeinsam mit <i>M. Keßler</i> )
<i>Dipl.-Kffr. (FH) Anke Hahn</i> Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Viersen	§ 250
<i>Dr. Thomas Heidel</i> Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht und für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn	§ 105 A., B. I., III. § 105 B. II. (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Seeger</i> ) §§ 106, 107, 130, 132–136, 138–142
<i>Dipl.-Kfm. Norbert Heinemann</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Düsseldorf	Vor §§ 275–278, §§ 275–277

<i>Dipl.-Finanzwirt Dr. Martin Heyes, LL.M.</i> Steuerberater, Neuss	Vor §§ 246–251, §§ 246–248, Vor §§ 252–256a, §§ 252–256a, §§ 274, 274a, Vor §§ 297–299, §§ 297–299, § 306, Vor §§ 308– 309, §§ 308–309, Vor § 310, § 310, Vor §§ 311–312, §§ 311–312 (je- weils gemeinsam mit <i>Thelen</i> )
<i>Dr. Torben Illner</i> Richter am Landgericht, Bonn	§ 315a
<i>Dr. Tobias Keller</i> Rechtsanwalt, Düsseldorf	§§ 325–330
<i>Dr. Marco Keßler</i> Saarbrücken	Vor §§ 290–293, §§ 290–293, Vor §§ 294, 296, §§ 294, 296, Vor §§ 300–307, §§ 300–305, 307, Vor § 315e, § 315e (jeweils gemein- sam mit <i>Gattung</i> )
<i>Dr. Verena Klappstein M.A., LL.M.</i> Universität Passau	§§ 343–354a Anh. § 372: Grundlagen des Bank- rechtes
<i>Prof. Dr. Leonhard Knoll</i> Julius-Maximilians-Universität Würzburg	Anh. § 342r (2): Unternehmensbe- wertung
<i>Dr. Richard Koch-Sembdner, LL.M. (Stanford)</i> Notar, Koblenz	§ 131
<i>Dr. Michael Lamsa</i> Rechtsanwalt, Frankfurt am Main	§§ 8–14, 15a–24, 29–37a, 104a
<i>Dr. Andrea M. Partikel</i> Rechtsanwältin, Hamburg	§§ 230–237
<i>Dr. Christian Prasse</i> Rechtsanwalt und Notar, Ahrensburg	Anh. § 92c: Franchise- und Ver- tragshändlerverträge
<i>Assoc. Prof. Dr. Georgios Psaroudakis, M.Jur. (Oxford)</i> Aristoteles-Universität Thessaloniki	§§ 108, 116–122, 342q–342r, §§ 383–406 Anh. § 342r (1): §§ 106–113a WpHG
<i>Prof. Thomas Reich</i> Notar, München	§§ 238–241a, 257–263 (jeweils ge- meinsam mit <i>Szczesny</i> und <i>Voß</i> )
<i>Prof. Dr. Gerhard Ring</i> TU Bergakademie Freiberg	Vor §§ 59–83, §§ 59–83
<i>Dipl.-Jur. Kevin Rösch</i> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	§§ 125–128 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Seeger</i> ) § 129 (gemeinsam mit <i>Freitag</i> )
<i>Prof. Dr. Gregor Roth</i> Universität Leipzig	Vor §§ 242–245, §§ 242–245, Vor §§ 264–265, §§ 264–264d

<i>Prof. Dr. Alexander Schall, M.Jur. (Oxford)</i> Leuphana Universität Lüneburg	§§ 1–7 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>J. Keßler</i> ) §§ 15, 25–28, §§ 171–177a Anh. § 107 (1): Konzernrecht Anh. § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft
<i>Dr. Uwe Schmidt</i> Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Köln	Vor §§ 48–58, §§ 48–58
<i>Dr. Uwe Scholz</i> Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn	§§ 272, 289a (jeweils gemeinsam mit <i>Deckers</i> )
<i>Dr. Claudia E. Schrimpf-Dörjes</i> Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Düsseldorf	§§ 249, 251
<i>Dr. Thilo Schülke</i> Rechtsanwalt, Freiburg	Anh. § 105: Die OHG im In- solvenzplanverfahren nach ESUG (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Schmitz</i> ) Anh. § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe (gemeinsam mit <i>Struckmeier</i> )
<i>Prof. Dr. Matthias Schüppen</i> Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Stuttgart	Vor §§ 316–324a, §§ 316–324a Anh. § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO Anh. § 319: Art. 4–6 EU-APrVO Anh. § 320: Art. 18 EU-APrVO Anh. § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO Anh. § 322: Art. 10 EU-APrVO
<i>Prof. Dr. Michael Stöber</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Vor §§ 373–381, §§ 373–381
<i>Dr. Dirk Struckmeier, M.Jur. (Oxford)</i> Rechtsanwalt, Singen (Hohentwiel)	Anh. § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe (gemeinsam mit <i>Schülke</i> )
<i>Prof. Dr. Michael Szczesny</i> Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg	§§ 238–241a, 257–263 (jeweils ge- meinsam mit <i>Reich</i> und <i>Voß</i> )
<i>Dipl.-Kfm. Michael Thelen</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Neuss	Vor §§ 246–251, §§ 246–248, Vor §§ 252–256a, §§ 252–256a, §§ 274, 274a, Vor §§ 297–299, §§ 297–299, § 306, Vor §§ 308– 309, §§ 308–309, Vor § 310, § 310, Vor §§ 311–312, §§ 311–312 (jeweils gemeinsam mit <i>Heyes</i> )
<i>Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M. (Yale)</i> Universität Wien	Vor §§ 93–104, §§ 93–104
<i>Dipl.-Kfm. Dr. Ingo Thomas, M.A. (Milwaukee)</i> Chartered Financial Analyst, Düsseldorf	Vor §§ 284–288, §§ 284–289, Vor §§ 313–314, §§ 313–315

*Prof. Dr. Patrick Velte*  
Leuphana Universität Lüneburg

§§ 289b–289f, 315b–315d

*Prof. Dr. Ulrich Voß*  
Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt

§§ 238–241a, 257–263 (jeweils gemeinsam mit *Reich* und *Szczesny*)

*Dr. Norbert Vossler*  
Vorsitzender Richter am Kammergericht, Berlin

§§ 109–115

*Prof. Dr. Thomas Wieske*  
Universität Bremen, ILRM Hamburg

Vor §§ 407–450, §§ 407–450,  
Vor §§ 451–451h, §§ 451–451h,  
Vor §§ 452–452d, §§ 452–452d,  
Vor §§ 453–466, §§ 453–475h  
Anh. § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017  
Anh. § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB

## Zweites Buch Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft

### Erster Abschnitt Offene Handelsgesellschaft

#### Erster Titel Errichtung der Gesellschaft

#### § 105 Begriff der offenen Handelsgesellschaft; Anwendbarkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs

- (1) Eine Gesellschaft, deren Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist, ist eine offene Handelsgesellschaft, wenn bei keinem der Gesellschafter die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern beschränkt ist.
- (2) Die offene Handelsgesellschaft kann Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen.
- (3) Auf die offene Handelsgesellschaft finden, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes vorgeschrieben ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Gesellschaft entsprechende Anwendung.

**Schrifttum:** *Altmeyen*, Kritischer Zwischenruf zum „Mauracher Entwurf“, NZG 2020, 822; *Altmeyen*, Mängel und Widersprüche des Regierungsentwurfs zum MoPeG am Beispiel des Ausschlusses eines Gesellschafters und der Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis, ZIP 2021, 213; *Armbrüster*, Die treuhänderische Beteiligung an Personengesellschaften, 2001; *Armbrüster*, Grenzen der Gestaltungsfreiheit im Personengesellschaftsrecht, ZGR 2014, 333; *Bachmann*, Zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), NZG 2020, 612; *Bachmann*, Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, NJW 2021, 3073; *Bachmann*, Die folgenlose Beseitigung der rechtsfähigen Gesamthand durch das MoPeG, FR 2022, 709; *Bälz*, Organisationsvertrag und Gesamthand, in Lieb et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Zöllner zum 70. Geburtstag, Bd. I, 1998, S. 35; *Bartlitz*, Die Entstehung der Gesellschaft bei eigenmächtigem Geschäftsbeginn, NZG 2020, 1094; *Baumann*, Der Nießbrauch am Anteil einer Einmann-Personengesellschaft, NZG 2005, 919; *Bergmann*, Der Mauracher Gesetzentwurf der Expertenkommission für die Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 994; *Beuthien*, Zur Begriffsverwirrung im deutschen Gesellschaftsrecht, JZ 2003, 715; *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz*, Mauracher Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts, April 2020, abrufbar unter <https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Dokumente/MauracherEntwurf.pdf> (zit.: Mauracher Entwurf); *Canaris*, Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, 1971; *Dauner-Lieb*, Unternehmen in Sondervermögen – Haftung und Haftungsbeschränkung (zugleich ein Beitrag zum Unternehmen im Erbgang), 1998; *Fabricius*, Relativität der Rechtsfähigkeit, 1963; *Fett/Brand*, Die sog. Einmann-Personengesellschaft, NZG 1999, 45; *R. Fischer*, Die faktische Gesellschaft, NJW 1955, 849; *R. Fischer*, Die Personenhandelsgesellschaft im Prozeß, in Lehmann et al. (Hrsg.), Festschrift für Justus Wilhelm Hedemann zu seinem 80. Geburtstag, 1958, S. 75; *Fleischer*, Leitbildwandel im Recht der BGB-Gesellschaft – Ein erster Rundgang durch den Mauracher Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 1107; *Fleischer*, Annäherungen an den Mauracher Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZGR Sonderheft 23, 2020, 1; *Fleischer*, Ein Rundgang durch den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DStR 2021, 430; *Fleischer*, Zur Rechtsnatur der OHG und ihres Gesellschaftsvertrags, NZG 2021, 949; *W. Flume*, Gesellschaft und Gesamthand, ZHR 136 (1972), 177; *Fleischer*, Änderungen des KG-Rechts im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DStR 2021, 483; *Fleischer*, Ein Rundflug über das OHG-Recht im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, BB 2021, 386; *Fleischer/Lunemann*, Nachfolgeregelungen in Familienpersonengesellschaften am Beispiel der Fugger, in Gehle et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 29; *W. Flume*, Gesellschaft und Gesamthand, ZHR 136 (1972), 177; *W. Flume*, Der minderjährige Gesellschafter, NZG 2014, 17; *Freitag*, Rechtliche Fallstricke des Todes des Personengesellschafters de lege lata und de lege ferenda, ZGR 2021, 534; *Friehe*, Die Unterbeteiligung bei Personengesellschaften, 1974; *Geibel*, Mauracher Entwurf zum Personengesellschaftsrecht, ZRP 2020, 137; *Grunewald*, Der Ausschluß aus Gesellschaft und Verein, 1987; *Grunewald*, Die actio pro socio im Personengesellschafts- und GmbH-Recht, in Fleischer/Kalss/Vogt (Hrsg.), Enforcement im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht in Deutschland, Österreich und der Schweiz, 2015, S. 209; *Habersack*, Die Mitgliedschaft – subjektives und „sonstiges“ Recht, 1996; *Habersack*, Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – aber wie?, ZGR 2020, 537; *Heckschen*, Der so genannte „Mauracher Entwurf“ – ein positiver Schritt zur Reform des Personengesellschaftsrechts, NZG 2020, 761; *Heinze*, Der Mauracher Entwurf und die Abkehr von der Gesamthand – Gefahren im Steuerrecht?, DStR 2020, 2107; *Hennrichs*, Zum Formwechsel und zur Spaltung nach dem neuen Umwandlungsgesetz, ZIP 1995, 794; *Hippeli*, Zur avisierten Reform des Personengesellschaftsrechts, DZWIR 2020, 386; *Hoffmann*, Ausscheiden oder Auflösen – Grundsatzfrage bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts neu gestellt im Gesetz zur Modernisierung der Personengesellschaftsrechts (MoPeG), in Gehle et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 79; *Huber*, Die Parteifähigkeit der Personengesellschaft des Handelsrechts und ihr Wegfall während des Prozesses, ZZZ 82 (1969), 224; *Huber*, Rechtsfähigkeit, juristische Person und Gesamthand, in Schneider et al. (Hrsg.), Festschrift für Marcus Lutter zum 70. Geburtstag, 2000, S. 107; *U. Huber*, Vermögensanteil, Kapitalanteil und Gesellschaftsanteil an Personengesellschaften des Handelsrechts, 1970; *A. Hueck*, Inwieweit besteht eine gesellschaftliche Pflicht des Gesellschafters einer Handelsgesellschaft zur Zustimmung zu Gesellschafterbeschlüssen?, ZGR 1972, 244; *Hüffer*, Die

Gesamthandsgesellschaft in Prozeß, Zwangsvollstreckung und Konkurs, in Lutter et al. (Hrsg.), Festschrift für Walter Stimpel zum 68. Geburtstag, 1985, S. 165; *Hüffer*, 100 Bände BGHZ: Personengesellschaftsrecht, ZHR 151 (1987), 396; *Hüttemann*, Leistungsstörungen bei Personengesellschaften, 1998; *Kilincsoy*, Analyse der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts durch das MoPeG, FR 2021, 248; *Kindler*, Die „rechtsfähige Gesellschaft“ als juristische Person – erste Befunde und Überlegungen zum Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), ZfPW 2022, 409; *Kirchhoff*, Wettbewerbsverbote für Gesellschafter und Geschäftsführer aus kartellrechtlicher Sicht, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 249; *Koch*, Freie Sitzwahl für Personhandelsgesellschaften, ZHR 173 (2009), 101; *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten von Personengesellschaften, 1972; *Krämer*, Gläubigerschutz vs. Anlegerschutz in Publikumpersonengesellschaften – versteckte Nachschusspflicht durch intransparente Klausel, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 877; *Lesch/Hüttemann/Reschke*, Zur Untreue im Unternehmensverbund, NStZ 2015, 609; *Lieder*, Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – Der Regierungsentwurf des MoPeG in der rechtspolitischen Analyse, ZRP 2021, 34; *Lieder/Hilser*, Die Reform des Personengesellschaftsrechts – Implikationen für Dogmatik und notarielle Praxis, NotBZ 2021, 401; *Löbbe*, Das Beschlussmängelrecht in den Personhandelsgesellschaften nach dem MoPeG-Regierungsentwurf – ein Überblick, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 575; *Lutter*, Theorie der Mitgliedschaft, AcP 180 (1980), 84; *Müllbert*, Die rechtsfähige Personengesellschaft, AcP 199 (1999), 38; *Nazari-Khanachayi*, Anpassungsvorschläge zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), WM 2020, 2057; *Noack*, Adieu „Feststellungsmodell“, bonjour „Anfechtungsmodell“ – über den Systemwechsel im Beschlussmängelrecht der Personengesellschaften, ZIP 2020, 1382; *Noack*, Vom „Mauracher Entwurf“ zum RefE eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 2618; *Noack*, Von Maurach in die Welt – Der Gesetzentwurf der Expertenkommission zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts im Überblick, NZG 2020, 581; *Otte*, Auswirkungen des MoPeG auf die anwaltliche Gestaltungs- und Beratungspraxis, ZIP 2021, 2162; *Otte-Gräbener*, Umfassende Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – Entwurf der Expertenkommission, BB 2020, 1295; *Pfister*, Die Einmann-Personengesellschaft, 1999; *Priester*, Gesamthand und juristische Person im Licht des neuen Umwandlungsrechts, AcP 194 (1994) 495; *Priester*, Gesamthandsgesellschaft oder juristische Person. Eine Geschichte ohne Ende, in Lieb et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Zöllner, Bd. I, 1998, S. 469; *Priester*, Die zwingende Einheitlichkeit des Personengesellschaftsanteils – ein überholtes Prinzip, DB 1998, 55; *Priester*, Eigene Anteile beim Formwechsel, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Heidel, 2021, S. 343; *Prinz*, Neue „Steuerkoordinaten“ für Personengesellschaften, DB 2022, 11; *Raiser*, Gesamthand und juristische Person im Licht des neuen Umwandlungsrechts, AcP 194 (1994), 495; *Raiser*, Der Begriff der juristischen Person – Eine Neubesinnung, AcP 199 (1999), 104; *C. Schäfer*, Vom Einstimmigkeitsprinzip zum treupflichtgetragenen Mehrheitsentscheid im Personengesellschaftsrecht, ZGR 2013, 237; *C. Schäfer*, Grundzüge des neuen Personengesellschaftsrechts nach dem Mauracher Entwurf, ZIP 2020, 1149; *Schäfer*, Innengesellschaft – die Zündapp unter den Gesellschaften, in Bachmann et al. (Hrsg.), Festschrift für Christine Windbichler zum 70. Geburtstag, 2020, S. 981; *Schall*, Eine dogmatische Kritik am „Mauracher Entwurf“ zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZIP 2020, 1443; *Schall*, Erzwingt das MoPeG die rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung?, NZG 2021, 494; *Schall*, Zur Rechtsnatur der rechtsfähigen Personengesellschaft nach dem MoPeG – Abschied vom „guten alten Recht“, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 575; *K. Schmidt*, Die obligatorische Gruppenvertretung im Recht der Personengesellschaften und der GmbH, ZHR 146 (1982), 525; *K. Schmidt*, „Fehlerhafte Gesellschaft“ und allgemeines Verbandsrecht, AcP 186 (1986), 421; *K. Schmidt*, Die fehlerhafte Anteilsübertragung, BB 1988, 1053; *K. Schmidt*, Grenzen des Minderjährigenschutzes im Handels- und Gesellschaftsrecht, JuS 1990, 517; *K. Schmidt*, Unterbrechung und Fortsetzung von Prozessen im Konkurs einer Handelsgesellschaft – Fragen und Thesen zu §§ 240 ZPO, 10 ff. KO (96 ff. InsO), KTS 1994, 309; *K. Schmidt*, Die Personengesellschaft als Rechtsfigur des „Allgemeinen Teils“, AcP 209 (2009), 181; *K. Schmidt*, Ein neues Zuhause für das Recht der Personengesellschaften – Zum Regierungsentwurf eines MoPeG, ZHR 185 (2021), 16; *K. Schmidt*, Beschlussmängel und Beschlussmängelstreitigkeiten nach der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZHR 187 (2023), 107; *U. H. Schneider*, Inhaltskontrolle von Gesellschaftsverträgen, ZGR 1978, 1; *U. H. Schneider*, Mehrheitsprinzip und Mitwirkungspflicht bei Gesellschafterbeschlüssen, AG 1979, 57; *Schiirbrand*, Publikumpersonengesellschaften in Rechtsprechung und Literatur, ZGR 2014, 256; *Seibert*, Sinkt die Zahl der Publikumpersonengesellschaften, warum und was bedeutet das?, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 171; *Steinbeck*, Zur „Einheitlichkeit“ der Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft, DB 1995, 761; *Steinbeck*, Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Gesellschafter einer Personengesellschaft, DStR 2001, 1162; *Tröger/Happ*, Beschlussmängelrecht nach dem MoPeG: Bestandsaufnahme, Kritik und Fortentwicklung, ZIP 2021, 2059; *Ulmer*, Richterrechtliche Entwicklungen im Gesellschaftsrecht 1971–1985, 1986; *Ulmer*, Zur Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Abspaltungsverbots für den Nießbrauch am OHG (KG)-Anteil, in Goerdeler et al. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Joachim Fleck zum 70. Geburtstag, 1988, S. 383; *Ulmer*, Hundert Jahre Personengesellschaftsrecht: Rechtsfortbildung bei OHG und KG, ZHR 161 (1997), 102; *Ulmer*, Die Gesamthandsgesellschaft – ein noch immer unbekanntes Wesen?, AcP 198 (1998), 113; *Ulmer*, Die Einheitlichkeit der Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft – ein überholtes Dogma?, ZHR 167 (2003), 103; *Weber-Grellet*, Die Gesamthand – ein Mysterienspiel?, AcP 182 (1982), 316; *Weimar*, Einmann-Personengesellschaften – ein neuer Typ des Gesellschaftsrechts?, ZIP 1997, 1769; *Weller/Schwemmer*, Das MoPeG: Eine Jahrhundertreform im Personengesellschaftsrecht?, BB 2021, Heft 29–30, 1; *Wertenbruch*, Die Parteifähigkeit der GbR – die Änderungen für die Gerichts- und Vollstreckungspraxis, NJW 2002, 324; *Wertenbruch*, Abschied von Bestimmtheitsgrundsatz und Kernbereichslehre im Beschlussanfechtungssystem der Personengesellschaft, DB 2014, 2875; *Wertenbruch*, Das Stimmrecht von Treugebern, stillen Gesellschaftern und Unterbeteiligten in der Personengesellschaft, NZG 2017, 81; *Wertenbruch*, Schloss Maurach zur Reform des Personengesellschaftsrechts, GmbHR 2020, R196; *Wertenbruch*, Der BMJV-Referentenentwurf eines MoPeG, GmbHR 2021, 1; *Wertenbruch*, Das MoPeG – die Reform des Rechts der Personengesellschaften, JZ 2023, 78; *H. P. Westermann*, Die Anpassung von Gesellschaftsverträgen an veränderte Umstände, in Fischer et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Hefermehl zum 70. Geburtstag, 1976, S. 225; *H. P. Westermann*, Zum Stand der »Modernisierung« des Personengesellschaftsrechts, DZWIR 2020, 321; *Wiedemann*, Der Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaften, WM 1990, Sonderbeil. Nr. 8; *Wiedemann*, Rechte und Pflichten des Personengesellschafters, WM 1992, Sonderbeil. Nr. 7; *Wiedemann*, Die Personengesellschaft – Vertrag oder Organisation?, ZGR 1996, 286; *Wilhelm*, Paradigmenwechsel

im Recht der bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft – Der Mauracher Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, NZG 2020, 1041; *Zöllner*, Rechtssubjektivität von Personengesellschaften<sup>2</sup>, in Lange et al. (Hrsg.), Festschrift für Joachim Gernhuber zum 70. Geburtstag, 1993, S. 563.

<b>A. Allgemeines und Normzweck</b> .....	1	ff) OHG als ihr eigener Gesellschafter? .....	58
<b>I. Gesetzesgeschichte</b> .....	1	c) Kaufmannseigenschaft der Gesellschafter? .....	59
1. Rückblick bis zur MoPeG-Reform .....	1	d) Rechte am Gesellschaftsanteil (Treuhand, Unterbeteiligung, Nießbrauch, (Ver-)Pfändung) – Testamentsvollstreckung .....	60
2. MoPeG-Reform 2021 .....	2	aa) Treuhand .....	60
a) Vorgeschichte der Reformdiskussion .....	2	bb) Unterbeteiligung .....	81
b) Ziele der Neuregelung .....	3	cc) Nießbrauch .....	89
c) Wesentlicher Inhalt der Neuregelung bezogen auf die OHG .....	4	dd) Pfändung, Verpfändung .....	98
d) Verfahren im Bundestag und Bekanntmachung des Gesetzes .....	6	ee) Testamentsvollstreckung .....	102
e) Inkrafttreten .....	7	2. Gesellschaftsvertrag .....	103
<b>II. Bedeutung der Bestimmung</b> .....	8	a) Grundlegendes .....	103
1. Bedeutung der OHG-Normen über die OHG hinaus .....	8	aa) Vertragsschluss gem. § 705 BGB notwendiges Erfordernis der OHG .....	103
2. Wirtschaftliche Bedeutung der OHG .....	12	bb) Gemeinsamer Zweck .....	105
<b>III. Begriffsbestimmung</b> .....	13	cc) Beitrags- und Zweckförderungspflicht der Gesellschafter – Mehrbelastungsverbot .....	108
<b>IV. Rechtsnatur</b> .....	14	dd) Vertragsschluss kein Handelsgeschäft .....	124
<b>V. Entstehung der OHG</b> .....	24	ee) Einigung über die Rechtsform? .....	125
1. Neugründung .....	24	b) Vertragspartner – Gesellschafter .....	126
a) Abschluss des auf Betrieb eines Handelsgewerbes gerichteten Gesellschaftsvertrages .....	24	c) Abschluss des Vertrages und seine Änderung .....	129
b) Fortführung eines im Handelsregister eingetragenen Unternehmens .....	28	aa) Grundsätzliche Anwendung des BGB-Vertragsrechts .....	129
c) Entstehung durch Eintragung im Handelsregister bei Betrieb eines anderen Gewerbes als Handelsgewerbes nach § 1 Abs. 2 oder bei Verwertung eigenen Vermögens .....	30	bb) c.i.c. – Prospekthaftung – Haftung wegen Schädigung von Anlegern zumal bei Publikumsgesellschaften .....	130
2. Umwandlung .....	31	cc) Rückwirkender Vertragsschluss? .....	137
a) Umwandlung kraft Rechtsgeschäfts nach dem Umwandlungsgesetz .....	32	dd) Unvollständiger Vertragsschluss und Dissens .....	138
b) Umwandlung kraft Gesetzes .....	38	ee) Vertretung .....	141
3. Verunglückte Gründung einer Kapitalgesellschaft .....	39	ff) Konkludenter Vertragsschluss .....	142
4. Sitzverlegung in das Inland? .....	40	gg) Mindestinhalt .....	143
5. Fortführung eines Handelsgeschäfts durch Erbengemeinschaft .....	41	hh) Formfragen .....	145
<b>B. Inhalt</b> .....	42	ii) Gerichtliche Genehmigung des Vertragsschlusses und Zustimmung des Ehegatten .....	151
<b>I. Auf den Betrieb eines Handelsgewerbes gerichtete Gesellschaft (Abs. 1)</b> .....	42	jj) Eintritt in vorhandene Gesellschaft .....	152
1. Gesellschafter .....	42	kk) Vorverträge .....	154
a) Grundsätze .....	42	ll) Vertragsänderungen .....	155
aa) Grundsätzlich keine Einpersonen-OHG – Grundsatz: Einheitlichkeit des Gesellschaftsanteils .....	42	d) Inhalt des Gesellschaftsvertrages .....	163
bb) Schwester-Personengesellschaften .....	45	aa) Grundsätze .....	163
cc) Höchstzahl .....	46	bb) Festlegung des Gesellschaftszwecks .....	164
b) Gesellschafterfähigkeit .....	47	cc) Festlegung der Zweckförderungspflicht/Beitragspflicht – insbes. Einlagepflichten .....	165
aa) Natürliche Personen – Sonderfragen insbes. bei Beschränkungen der Geschäftsfähigkeit .....	47	dd) Sonstige zweckmäßige Regelungen .....	168
bb) Juristische Personen .....	53	e) Rechtsnatur des OHG-Vertrages und Anwendung von BGB-AT und des allgemeinen Schuldrechts .....	170
cc) Personengesellschaften .....	54		
dd) Erbengemeinschaften .....	56		
ee) Eheliche Gütergemeinschaften .....	57		

aa)	Schuldvertrag und Organisationsvertrag .....	171	h)	Von Gesellschafterklage unberührt: Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen und Sonderprüfung .....	274
bb)	Anwendung BGB AT .....	172	aa)	Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen .....	274
cc)	Anwendung BGB Schuldrecht .....	173	bb)	Zulässigkeit der Sonderprüfung? .....	277
f)	Vertragsfreiheit und ihre Grenzen; Inhaltskontrolle und Auslegung des Gesellschaftsvertrages .....	180	5.	Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma .....	278
aa)	Vertragsfreiheit versus Inhaltskontrolle .....	180	a)	Betrieb eines Handelsgewerbes .....	278
bb)	Auslegung .....	186	aa)	Handelsgewerbe .....	278
g)	Mangelhaftigkeit des Gesellschaftsvertrages und ihre Folgen. Fehlerhafte Gesellschaft .....	193	bb)	Betrieb des Gewerbes .....	280
aa)	Mängel .....	193	b)	Die gemeinschaftliche Firma .....	281
bb)	Teilnichtigkeit .....	194	6.	Keine Beschränkung der Gesellschafterhaftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern .....	283
cc)	Die fehlerhafte Gesellschaft .....	199	<b>II. Die OHG als Trägerin von Rechten und Pflichten (Abs. 2) .....</b>	<b>284</b>	
3.	Gesellschafterwechsel .....	218	1.	Allgemeines – Regelungszweck, Rechtsnatur, Regelungshistorie und Anwendungsbereich .....	284
a)	Eintritt .....	218	2.	Gesellschaftsvermögen .....	289
b)	Austritt .....	221	3.	Die OHG im Rechtsverkehr .....	296
c)	Übertragung des Anteils .....	223	a)	Privatrecht .....	296
aa)	Abgrenzung der Anteilsübertragung vom kombinierten Ein- und Austritt .....	223	aa)	Grundsätzlich keine Einpersonen-OHG – Grundsatz: Einheitlichkeit des Gesellschaftsanteils .....	296
bb)	Anteilsübertragung .....	224	bb)	Gesetzliche Schuldverhältnisse .....	298
d)	Sonstige Verfügungen über den Geschäftsanteil .....	232	cc)	Dingliche Rechte .....	299
4.	Innenverhältnis der OHG – Rechte und Pflichten der Gesellschafter .....	233	dd)	Besitz .....	300
a)	Die Mitgliedschaft .....	233	ee)	Erbrecht .....	301
aa)	Verwaltungsrechte .....	236	ff)	Beteiligungen/Mitgliedschaften .....	302
bb)	Vermögensrechte .....	238	gg)	Ämter und Funktionen .....	303
b)	Beitragspflichten .....	240	b)	Steuerrecht .....	304
aa)	Die Beitragspflicht (§ 709 Abs. 1 BGB iVm § 105 Abs. 3 HGB) .....	241	c)	Verfassungsrecht und sonstiges öffentliches Recht .....	305
bb)	Beiträge durch Übereignung und Gebrauchsüberlassung (§ 706 Abs. 2 BGB aF iVm § 105 Abs. 3 HGB) .....	245	d)	Strafrecht .....	306
cc)	Erbringung von Dienstleistungen .....	252	4.	Zivilprozessuale Fragen .....	307
c)	Rechtsstellung des Gesellschafters gegenüber der Gesellschaft .....	253	a)	Gesellschafts- und Gesellschafterprozess .....	307
aa)	Ansprüche der Gesellschaft gegen die Gesellschafter (Sozialansprüche) .....	253	b)	Parteifähigkeit und Frage der richtigen Prozesspartei .....	308
bb)	Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesellschaft (Sozialverbindlichkeiten) .....	255	c)	Prozessfähigkeit .....	312
cc)	Drittgeschäfte .....	257	d)	Gerichtsstand .....	313
d)	Rechte und Pflichten gegenüber Mitgesellschaftern .....	260	e)	Vereinbarung der Zuständigkeit eines Schiedsgerichts .....	314
e)	Die Treuepflicht .....	261	f)	Zustellungen .....	315
aa)	Grundsätze .....	261	g)	Auflösung und Vollbeendigung der Gesellschaft .....	316
bb)	Anwendungsbeispiele .....	266	h)	Prozesskostenhilfe .....	318
cc)	Sonderproblem: Zustimmungspflicht insbes. zur Vertragsänderung? .....	267	i)	Kostenentscheidung und Kostenfestsetzung .....	319
dd)	Rechtsfolgen von Treuepflichtverstößen .....	270	j)	Materielle Rechtskraft .....	320
f)	Gleichbehandlungspflicht .....	272	5.	Zwangsvollstreckung und Insolvenz .....	321
g)	Actio pro socio – Gesellschafterklage nach § 105 Abs. 3 HGB iVm § 715b BGB .....	273	a)	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft .....	321
			b)	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschafter .....	323
			c)	Insolvenz der Gesellschaft .....	324

**III. Der Verweis auf das Recht der GbR**

(Abs. 3) ..... 325

1. Allgemeines ..... 325

2. § 716 Abs. 1 und 4 BGB nF – Ersatz von Aufwendungen und Verlusten, Verzinsungspflicht (vgl. § 110 Abs. 1 und 2 HGB aF) ..... 328

a) Ersatz von Aufwendungen und Verlusten (Abs. 1) ..... 328

aa) Regelungszweck und -inhalt nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers ..... 329

bb) Inhalt des Anspruchs auf Ersatz von Aufwendungen und Verlusten ..... 333

b) Verzinsungspflicht von Gesellschafter und GbR in Hinblick auf ihre Pflichten (Abs. 4) ..... 354a

aa) Regelungszweck und -inhalt nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers ..... 354b

bb) Anwendungsbereich und Regelungsinhalt der Verzinsungspflicht ..... 354c

3. § 717 Abs. 1 BGB nF – Informationsrechte (vgl. § 118 HGB aF) ..... 355

a) Regelungsinhalt von Abs. 1 nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers ..... 356

b) Recht auf Einsicht in Unterlagen inkl. Fertigung von Auszügen (Abs. 1 S. 1) ..... 359

aa) Berechtigung jedes Gesellschafters ..... 359

bb) Zur Berechtigung des ausgeschiedenen Gesellschafters ..... 360

cc) Insb. GbR Schuldnerin des Anspruchs ..... 363

dd) Einsicht in „Unterlagen der Gesellschaft“ über all ihre Angelegenheiten ..... 364

ee) „Einsicht“ in Unterlagen und „Anfertigung von Auszügen“ ..... 369

ff) Zu Übertragbarkeit des Rechts und Berechtigung der Unterstützung durch Dritte ..... 370

gg) Kein besonderes Einsichtsinteresse nötig – Grenze Missbräulichkeit ..... 371

c) Recht auf Auskunft (Abs. 1 S. 2) ..... 373

d) Unwirksamkeit von Beschränkungen des individuellen Informationsrechts (Abs. 1 S. 3) ..... 376

e) Durchsetzung des Informationsanspruchs ..... 380

4. § 709 Abs. 3 BGB nF – Stimmkraft; Anteil an Gewinn und Verlust (vgl. § 121 HGB aF) ..... 388

a) Regelungszweck und -inhalt des Abs. 3 nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers ..... 390

b) Maßgebliche Festlegung der Beteiligungsverhältnisse ..... 391

aa) Allgemeines ..... 391

bb) Bestimmung durch die vereinbarten Beteiligungsverhältnisse (Abs. 3 S. 1) ..... 392

cc) Hilfsweise Bestimmung nach den vereinbarten Werten der Beiträge (Abs. 3 S. 2) ..... 398

dd) Höchst hilfsweise gleiche Anteile nach Köpfen (Abs. 3 S. 3) ..... 399

**A. Allgemeines und Normzweck**

**I. Gesetzesgeschichte**

**1. Rückblick bis zur MoPeG-Reform**

Die OHG ist die traditionelle **Grundform der Zusammenarbeit von Kaufleuten**. Diese wirken gleichermaßen persönlich mit; sie stellen sich mit ihrem gesamten Vermögen hinter das Unternehmen.<sup>1</sup> Der Entwurf zum ADHGB von 1848/49 definierte die im Wesentlichen bis heute gültigen Tatbestandsvoraussetzungen einer OHG: „Eine Kollektiv-Gesellschaft ist vorhanden, wenn die Gesellschafter sich vereinigt haben, unter einer gemeinschaftlichen Firma Handel zu treiben.“<sup>2</sup> Die OHG war schon im ADHGB geregelt.<sup>3</sup> § 105 entspricht im Wesentlichen dem HGB von 1897. Das Handelsrechtsreformgesetz von 1998 führte Abs. 2 aF ein (BGBl. 1998 I 1474); dessen Regelungsgehalt steht seit dem **MoPeG** inhaltlich verändert im § 107 Abs. 1.

**2. MoPeG-Reform 2021**

a) **Vorgeschichte der Reformdiskussion.** Immer wieder gab es **Reformüberlegungen** für das Personengesellschaftsrecht. Die fanden 2021 ihren Abschluss im überwiegend erst zum 1.1.2024 in Kraft tretenden MoPeG – dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (BGBl. 2021 I 3434). Das Gesetz hatte eine ca. fünfjährige Vorgeschichte:<sup>4</sup> Der **71. DJT 2016** stand in der wirtschaftsrechtli-

1 Hopt/Roth Vor § 105 Rn. 15.

2 Zitiert nach Baums (Hrsg.), Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland, 1848/49 (1982), S. 102.

3 Vgl. K. Schmidt GesR § 46 I 2; vgl. zur Entwicklung der OHG Wiedemann GesR II § 8 I 3.

4 Vgl. dazu zB HK-GbR/Noack Einf. Rn. 4 ff.; HK-GbR/Heidel BGB § 705 Rn. 7 ff.; Heidel/Hirte Das neue PersGesR/Hirte § 1 Rn. 12 ff.

chen Abteilung unter der Fragestellung, „Empfiehl sich eine grundlegende Reform des Personengesellschaftsrechts?“<sup>5</sup> Dabei war man sich allerdings nur einig über den Bedarf der Reform; deren „Wie“ war sehr streitig. Das Thema adressierte auch der **Koalitionsvertrag der sog. großen Koalition** im Frühjahr 2018 – allerdings inhaltsleer: Die GroKo sagte zu („Wir werden“), „das Recht der Personengesellschaften zu reformieren und an die Anforderungen eines modernen vielfältigen Wirtschaftslebens“ anzupassen; das „Wie“ deutete die Koalition aber nicht einmal an, sondern sie nahm sich vor, eine Expertenkommission einzusetzen, die „Vorschläge für eine grundlegende Reform erarbeitet.“<sup>6</sup> Reformen bei der Personengesellschaft waren auch ein Teilaspekt der Frage der Reform des Beschlussmängelrechts im Gesellschaftsrecht, die auf der Tagesordnung des **72. Deutschen Juristentags** 2018 stand; der empfahl dem Gesetzgeber, aufbauend auf dem Gutachten von Koch, das aktienrechtliche Modell der Unterscheidung in Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Beschlüssen zu übernehmen. Das Bundesjustizministerium setzte 2018 die von der großen Koalition angekündigte Kommission ein, ihre Mitglieder<sup>7</sup> mussten sich zu Stillschweigen verpflichten und legten im April 2020 einen Abschlussbericht sowie einen Entwurf vor, den sog. **Mauracher Entwurf** für ein Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts.<sup>8</sup> Auf dessen Basis publizierte im November 2020 das Bundesjustizministerium den **Referentenentwurf**.<sup>9</sup> Der bereitete die Änderung von 134 Gesetzen (statt 39 nach dem Mauracher Entwurf) vor. Er lag inhaltlich auf der Linie des Mauracher Entwurfs, entwickelte ihn aber auch mit einigen zT wesentlichen Unterschieden fort. Insbesondere beseitigte er im Beschluss(mängel)recht die auf die Personenhandels-gesellschaften ausstrahlende Mauracher Regelungsidee für den § 714 BGB, dass eine im Gesellschaftsvertrag vereinbarte Mehrheitsklausel im Zweifel auch Vertragsänderungen erfasst; insbes. strich er aus dem Anwendungsbereich der Beschlussmängelkontrolle durch Beschlussanfechtung die GbR und sah das Modell nur noch für die Personenhandelsgesellschaften gem. §§ 110 ff. vor (mit einer erstmaligen Normierung der positiven Beschlussfeststellungsklage im § 115). Rasch danach kam (getrieben vom baldigen Ende der Legislaturperiode) im Januar 2021 der **Regierungsentwurf**,<sup>10</sup> welcher der Sache nach dem Referentenentwurf entsprach.

3 **b) Ziele der Neuregelung.** Die Neuregelung verfolgt erklärtermaßen die folgenden fünf Ziele, die „auf eine grundlegende, gleichwohl systemkonforme Überarbeitung des geltenden Rechts der Personengesellschaften hinauslaufen“; wobei im Mittelpunkt der Betrachtung die GbR „als Grundform aller Personengesellschaften“ stehe:<sup>11</sup>

- (1) Konsolidierung des Rechts der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.<sup>12</sup>
- (2) Modernisierung des Rechts der Personengesellschaften.<sup>13</sup>
- (3) Behebung des Publizitätsdefizits der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.<sup>14</sup>
- (4) Flexibilisierung der Haftungsverhältnisse von **Angehörigen Freier Berufe** durch Ermöglichung des Zugangs zu den Rechtsformen einer Personenhandelsgesellschaft, da die PartG nur eine un-

5 Gutachten von Schäfer, vgl. auch NJW-Beilage 2016, 45, Beschlüsse abrufbar auf der Homepage des Deutschen Juristentages, www.djt.de.

6 Koalitionsvertrag abrufbar auf der Homepage des Deutschen Bundestags, https://www.bundestag.de/resource/blob/194886/696f36f795961df200fb27fb6803d83e/koalitionsvertrag-data.pdf.

7 Alfred Bergmann, Barbara Grunewald, Marc Hermanns, Thomas Liebscher, Gabriele Roßkopf, Carsten Schäfer, Frauke Wedemann, Johannes Wertenbruch.

8 Abrufbar auf der Homepage des Bundesjustizministeriums, http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/PM/042020\_Entwurf\_MoPeG.pdf, dort ist auch der Abschlussbericht über die Kommissionsarbeit abrufbar, https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/PM/042020\_Abschlussbericht\_Maurach.pdf?\_\_blob=publicationFile&v.=2. Schon zum Entwurf gab es gewissermaßen eine Flut von Veröffentlichungen, vgl. insbes. ZGR-Sonderheft 23, 2021, mit Beiträgen von Fleischer, Schollmeyer, Herrler, Uwer, Drescher, Armbruster, Lieder sowie Bochmann; Kommissionsmitglieder schrieben Aufsätze zum Regelungsvorschlag, zB Bergmann DB 2020, 994; Noack NZG 2020, 581; Schäfer ZIP 2020, 1149. Auch Dritte publizierten, zB Altmeppen NZG 2020, 822; Bachmann NZG 2020, 612; Fleischer DB 2020, 1107; Habersack ZGR 2020, 537; Heckschen NZG 2020, 761; Heckschen/Nolting BB 2021, 2946; Hippeli DZWIR 2020, 386; Kruse DStR 2021, 2412; Lange/Kretschmann ZEV 2021, 545; Otte-Gräbener BB 2020, 1295; Schall ZIP 2020, 1443; Scholz NZG 2020, 1044; Westermann DZWIR 2020, 321.

9 Abrufbar auf der Homepage des BMV, https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RefE\_Personengesellschaftsrecht.pdf?\_\_blob=publicationFile&v.=1; vgl. dazu aus Sicht eines Mitarbeiters des Ministeriums Noack DB 2020, 2618, aus der Sicht eines Mitglieds der Mauracher Kommission Schäfer Neues PersGesR/Schäfer § 1 Rn. 18 ff.

10 RegE BT-Drs. 19/27635.

11 RegE BT-Drs. 19/27635, 100.

12 RegE BT-Drs. 19/27635, 100 f.

13 RegE BT-Drs. 19/27635, 101.

14 RegE BT-Drs. 19/27635, 101 f.

## II. Sonstige Sanktionen

- 9 Ein Verstoß gegen die Pflichten des § 125 führt **nicht zur Nichtigkeit** des zwischen der Gesellschaft und dem Adressaten des Geschäftsbriefes geschlossenen Geschäftes,<sup>23</sup> es handelt sich mithin um keine Formvorschrift.<sup>24</sup> Fehlen die vorgeschriebenen Angaben und irrt der Empfänger des Geschäftsbriefes deshalb über eine verkehrswesentliche Eigenschaft der Gesellschaft, führt dies aber uU gem. § 119 Abs. 2 BGB zur **Anfechtbarkeit** der seitens des Empfängers abgegebenen Willenserklärung.<sup>25</sup> Ein Anspruch auf den Ersatz erlittener Vermögensschäden kann sich aus **culpa in contrahendo** (§§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB) ergeben.<sup>26</sup> § 125 ist Schutzgesetz iSd § 823 Abs. 2 BGB, so dass daneben **deliktische Ansprüche** bestehen können.<sup>27</sup> Wird in den Angaben auf dem Geschäftsbrief entgegen Abs. 1 S. 2 nicht offengelegt, dass kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, kommt nach verbreiteter Auffassung eine **Rechtsscheinhafung** der Vertreter entsprechend § 179 BGB auf Erfüllung oder Schadensersatz in Betracht.<sup>28</sup> Die Haftung nach § 179 Abs. 1 BGB setzt aber voraus, dass der vermeintliche Prinzipal mangels Vertretungsmacht nicht wirksam verpflichtet wurde und damit kein Erfüllungsanspruch gegen ihn besteht. Auch bei einem Verstoß gegen Abs. 1 S. 2 wird aber die Gesellschaft wirksam verpflichtet, so dass eine solche Pflichtverletzung keine Erfüllungshaftung analog § 179 Abs. 1 BGB begründen kann. In Betracht kommt aber auch in diesem Fall ein Anspruch gegen den Vertreter aus culpa in contrahendo.<sup>29</sup>

### § 125a [nicht mehr belegt]

### § 126 Persönliche Haftung der Gesellschafter

<sup>1</sup>Die Gesellschafter haften für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft den Gläubigern als Gesamtschuldner persönlich. <sup>2</sup>Eine entgegenstehende Vereinbarung ist Dritten gegenüber unwirksam.

**Schrifttum:** *Altmeyen*, Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft für Delikte, NJW 1996, 1017; *Altmeyen*, Deliktshaftung in der Personengesellschaft, NJW 2003, 1533; *Altmeyen*, Die akzessorische Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft für einen „Drittanspruch“ ihres Mitgesellschafters, NJW 2009, 2241; *Beuthien*, Die Haftung von Personengesellschaftlern, DB 1975, 725, 773; *Buchner*, Gesellschaftsschuld und Gesellschafterschuld bei der OHG, JZ 1968, 622; *Büscher/Klußmann*, Forthaftung und Regress ausgeschiedener Personengesellschafter, ZIP 1992, 11; *Canaris*, Die Übertragung des Regelungsmodells der §§ 125–130 HGB auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZGR 2004, 69; *Deckenbrock/Meyer*, Die Haftung des Scheinsoziums, ZIP 2014, 701; *Drygala*, Gesellschafterregress im Personengesellschaftskonzern, in FS Raiser, 2005, S. 63; *Eidenmüller*, Gesellschafterstellung und Insolvenzplan, ZGR 2001, 681; *Emmerich*, Erfüllungstheorie oder Haftungstheorie, in FS Lukes, 1989, S. 639; *Faust*, Der Regress gegen Mitgesellschaftler bei Personenhandelsgesellschaften, in FS K. Schmidt, 2009, S. 357; *Flume*, Gesellschaftsschuld und Haftungsverbindlichkeit des Gesellschafters in der OHG, in FS Knur, 1972, S. 125; *Flume*, Der Inhalt der Haftungsverbindlichkeit des Gesellschafters nach § 128 HGB, in FS Reinhardt, 1972, S. 223; *Flume*, Die persönliche Haftung der Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft für deliktisches Handeln der geschäftsführenden Gesellschafter, DB 2003, 1775; *Graf Wolfskeel v. Reichenberg*, Forderungen eines Personengesellschafters gegen seine Gesellschaft bzw. Mitgesellschaftler, NZG 2017, 45; *Gramlich/Müssig*, Ansprüche der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft auf Ersatz von Aufwendungen und Verlusten gem. § 110 HGB, NZG 2019, 1333; *Grunewald*, Haftungsbeschränkungs- und Kündigungsmöglichkeiten für volljährig gewordene Personengesellschafter, ZIP 1999, 597; *Haas/Oberhammer*, „Drittwirkung“ von Schiedsvereinbarungen einer Personenhandelsgesellschaft gegenüber ihren persönlich haftenden Gesellschaftern?, in FS K. Schmidt, 2009, S. 493; *Habersack*, Der Regress bei akzessorischer Haftung, AcP 198 (1998), 152; *Hadding*, Inhalt und Verjährung der Haftung des Gesellschafters einer OHG oder KG, ZGR 1981, 577; *Hammen*, Gesetzlicher Forderungsübergang auf den leistenden Gesellschafter einer OHG gemäß § 774 Abs. 1 BGB analog, WM 2019, 945; *Koehler*, Zur Gesellschaftserhaftung gem. § 128 S. 1 HGB für eine auf Abgabe einer Willenserklärung gerichtete Gesellschaftsverbindlichkeit,

23 Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; Röhrich/v. Westphalen/Haas/Mock/Wöstmann/Haas § 125 Rn. 7.

24 Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11.

25 MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 16; Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11; Röhrich/v. Westphalen/Haas/Mock/Wöstmann/Haas § 125 Rn. 7.

26 Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 17; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11.

27 Str.; wie hier MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 17; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11; Oetker/Boesche HGB § 125a aF Rn. 13; zweifelnd wohl Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; aA Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836).

28 BGH NJW 1991, 2627 (2628); BGH NJW 2007, 1529 (1530 f.); BGH NZG 2022, 513 (514 f.); Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 12; Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; Oetker/Boesche § 125a aF Rn. 13; nach BGH NJW 2012, 2871 soll dies nicht nur im Falle des fehlenden Rechtsformzusatzes, sondern auch dann gelten, wenn der Vertreter einer UG fehlerhaft denjenigen der GmbH verwendet und damit den (unzutreffenden) Anschein einer Mindestkapitalausstattung erweckt; aA Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836); Haas NJW 1997, 2854 (2855); MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 18; krit. Klein NJW 2017, 3607 (3609 ff.).

29 Freitag/Korch GmbH 2013, 1184 (1189 f.); Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836); Klein NJW 2017, 3607 (3609 ff.).

NZG 2020, 127; *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten von Personengesellschaften (1972); *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Unterlassungspflichten der OHG und KG, BB 1971, 1434; *Kühne*, Gläubigersicherung und Gesellschafterschutz im Rahmen der §§ 128, 129 HGB, ZHR 133 (1970), 149; *Lindacher*, Grundfälle zur Haftung bei Personengesellschaften, JuS 1982, 349; *Lindacher*, Kommanditisten als Sicherungsgeber – Regress nach erfolgter Inanspruchnahme, in FS Hadding, 2004, S. 529; *Lüneborg*, Die Nachhaftung des ausgeschiedenen Personengesellschafters für Altverbindlichkeiten, ZIP 2012, 2229; *Markuorth*, Die Haftung des GbR-Scheingesellschafters, JuS 2016, 587; *Martensen*, Der Inhalt der unbeschränkten Haftung von Personenhandelsgeellschaften (1989); *Römermann*, Neues und immer noch offene Fragen zur Haftung in der gemischten Sozietät, NJW 2009, 1560; *Schäfer*, Quotenhaftung in der Publikums-GbR?, NZG 2010, 241; *K. Schmidt*, Wechselverband und Gesellschafterhaftung bei Personengesellschaften des Handelsrechts, ZHR 137 (1973), 509; *K. Schmidt*, Die Gesellschafterhaftung bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als gesetzliches Schuldverhältnis, NJW 2003, 1897; *K. Schmidt*, Haftungsregress bei Personengesellschaften, JuS 2003, 228; *K. Schmidt*, Persönliche Gesellschafterhaftung in der Insolvenz, ZHR 174 (2010), 163; *Schönewolf*, Die persönliche Haftung der Gesellschafter einer OHG und einer GbR für im Rahmen der Geschäftsführung begangene Delikte (1989); *Thomale*, Gemeinschaftliche Gesamtvermögenshaftung, ZGR 2021, 643; *Ulmer*, Die Haftungsverfassung der BGB-Gesellschaft, ZIP 2003, 1113; *Ulmer*, Zur Anlegerhaftung in geschlossenen (Alt-)Immobilienfonds, ZIP 2005, 1341; *Wiedemann*, Rechte und Pflichten des Personengesellschafters, WM-Sonderbeil. 2 1992.

A. Normzweck .....	1	F. Regress .....	30
B. Geltungsbereich .....	2	I. Regress gegen die Gesellschaft .....	30
C. Voraussetzungen der Haftung .....	6	II. Regress gegen die Mitgesellschafter .....	32
I. Bestehen einer Gesellschaft .....	6	III. Freistellungsansprüche .....	36
II. Verbindlichkeit der Gesellschaft .....	7	IV. Auflösung der Gesellschaft .....	38
1. Grundsatz .....	7	G. Haftung ausgeschiedener Gesellschafter .....	39
2. Gesellschafter-Gläubiger .....	8	I. Grundsatz .....	39
a) Drittansprüche .....	8	II. Der Tatbestand des Ausscheidens .....	40
b) Sozialverbindlichkeiten .....	9	III. Alt- und Neuverbindlichkeiten .....	44
III. Gesellschafterstellung .....	11	1. Allgemeines .....	44
IV. Keine abweichenden Vereinbarungen .....	12	2. Einzelfälle .....	45
1. Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern (S. 2) .....	12	H. Verfahren .....	49
2. Vereinbarung mit dem Gläubiger .....	13	I. Parteien .....	49
D. Art der Haftung .....	14	II. Gerichtsstand, Schiedsvereinbarungen .....	52
I. Gesetzliche Haftung .....	14	III. Sachliche Zuständigkeit, Prozessart, Tenor .....	54
II. Unmittelbare und primäre Haftung .....	15	IV. Urteilswirkungen .....	56
III. Unbeschränkte Haftung .....	16	I. Zwangsvollstreckung und Insolvenz .....	58
IV. Akzessorische Haftung .....	17	I. Zwangsvollstreckung .....	58
V. Gesamtschuldnerische Haftung .....	18	II. Insolvenz .....	59
VI. Zeitraum und Verjährung .....	20	1. Fortbestand und Geltendmachung der Gesellschafterhaftung in der Insolvenz der Gesellschaft .....	59
E. Haftungsinhalt .....	22	2. Reichweite der Haftung .....	62
I. Grundsatz .....	22	3. Insolvenzplan .....	64
II. Einzelfragen .....	23	4. Doppelinsolvenz .....	67
1. Geldschulden .....	23	5. Teilnahme der Gesellschafter am Insolvenzverfahren über das Gesellschaftsvermögen .....	68
2. Lieferung und Herausgabe von Sachen .....	24		
3. Vertretbare Handlungen .....	25		
4. Unvertretbare Handlungen .....	26		
5. Unterlassungs- und Duldungspflichten .....	27		
6. Abgabe einer Willenserklärung .....	29		

**A. Normzweck**

Die OHG ist gem. § 105 Abs. 2 selbstständige Trägerin von Rechten und Pflichten.<sup>1</sup> Sie ist damit ein von ihren Gesellschaftern zu unterscheidendes Rechtssubjekt und haftet selbst für ihre Verbindlichkeiten (ausf. → § 105 Rn. 284 ff.). Die daneben bestehende **Haftung der Gesellschafter** ergibt sich aus § 126 S. 1. Sie ist zwingende Rechtsfolge des OHG-Tatbestandes<sup>2</sup> und kann im Außenverhältnis weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch sonstige interne Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern ausgeschlossen oder beschränkt werden (zur Möglichkeit haftungsausschließender Vereinbarungen mit dem Gläubiger → Rn. 13; zu den denkbaren Vereinbarungen im Innenverhältnis → Rn. 12). Sie dient dem **Schutz der Gesellschaftsgläubiger**, die im Gegensatz zu denen einer Kapitalgesellschaft nicht durch Einlagepflichten und Vorschriften zur Kapitalsicherung geschützt sind. Zugleich ist die unbeschränkte Gesellschafterhaftung die Basis der Kreditwürdigkeit der Gesellschaft.<sup>3</sup>

1 Auf Hinwirken des Rechtsausschusses wurde die Rechtsfähigkeit der OHG in § 105 Abs. 2 trotz § 105 Abs. 3 iVm § 705 Abs. 2 Alt. 1 BGB wiederholt klargestellt, vgl. Bericht des Rechtsausschusses, BT-Drs. 19/31105, 9.  
 2 MüKoHGB/Fleischer § 105 aF Rn. 63; Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 128 aF Rn. 1.  
 3 BGHZ 23, 302 (305); BGHZ 154, 370 (373); Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 128 aF Rn. 1; Oetker/Boesche § 128 aF Rn. 2; sinngemäß Staub/Habersack § 128 aF Rn. 1.

## B. Geltungsbereich

- 2 Unmittelbar gilt § 126 für alle Gesellschafter einer **OHG**. Auch die Komplementäre einer **KG** haften über die Verweisung des § 161 Abs. 2 nach § 126 S. 1 unbeschränkt, die Kommanditisten dagegen nur, falls die Gesellschaft (und damit entsprechend sie) nicht als solche in das Handelsregister eingetragen sind und dem Gläubiger die Kommanditistenstellung auch nicht positiv bekannt war (vgl. § 176 → Rn. 1 ff.). Andernfalls ist ihre Haftung auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme beschränkt (§§ 171, 172). Gemäß § 278 Abs. 2 AktG, § 161 Abs. 2 gilt § 126 auch für den persönlich haftenden Gesellschafter einer **KGaA**.
- 3 Für die Partner einer **Partnerschaftsgesellschaft** enthält § 8 Abs. 1 S. 1 PartGG eine § 126 S. 1 entsprechende Regelung. Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Berufsausübung bestehen hier nach der Haftungskonzentration des § 8 Abs. 2 aber – neben den Ansprüchen gegen die Partnerschaft selbst – nur gegen die jeweiligen, mit der Bearbeitung des Auftrages befassten Partner. Ein Ausschluss oder eine Beschränkung der Haftung der Partner durch den Partnerschaftsvertrag oder eine sonstige Vereinbarung zwischen den Partnern ist in entsprechender Anwendung des § 721 S. 2 BGB den Gläubigern gegenüber unwirksam.<sup>4</sup> Die Haftung der Partnerschaft – und damit auch die akzessorische Haftung der Partner – kann aber gem. § 8 Abs. 3 PartGG für Schäden infolge der fehlerhaften Ausübung einzelner Berufe auf einen Höchstbetrag beschränkt werden, wenn zugleich die Pflicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung besteht.<sup>5</sup> Seit 2013 besteht zudem die Möglichkeit, durch die Rechtsformvariante der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung gem. § 8 Abs. 4 PartGG die Haftung wegen fehlerhafter Berufsausübung auf diejenige der Partnergesellschaft zu begrenzen.<sup>6</sup>
- 4 Die Haftung der Mitglieder einer **Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung (EWIV)** regelt Art. 24 der Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. 7. 1985 (EWIV-VO). Danach haften die Mitglieder unbeschränkt und gesamtschuldnerisch (Art. 24 Abs. 1 S. 1 EWIV-VO) für die Verbindlichkeiten der Vereinigung. Im Unterschied zu der Gesellschafterhaftung in der OHG ist ihre Haftung aber subsidiär (Art. 24 Abs. 2 EWIV-VO). Hinsichtlich der Haftungsfolgen verweist Art. 24 Abs. 1 S. 2 EWIV-VO auf das einzelstaatliche Recht, so dass im Übrigen wegen § 1 Hs. 2 EWIVAG die §§ 126–128 entsprechend gelten.<sup>7</sup>
- 5 Auf die Gesellschafter einer **GbR** fand § 128 aF nach früher vorherrschender Ansicht keine entsprechende Anwendung. Die persönliche Haftung der Gesellschaft sollte sich vielmehr aus der Annahme einer sog. Doppelverpflichtung ergeben; der vertretungsberechtigte Gesellschafter verpflichtete bei Abschluss eines Rechtsgeschäftes nicht nur die Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch sämtliche Gesellschafter.<sup>8</sup> Gegen diese Auffassung hatte sich in der Folge zweier Grundsatzentscheidungen des BGH aus den Jahren 1999<sup>9</sup> und 2001<sup>10</sup> die Akzessorietätstheorie durchgesetzt: Die Gesellschafter einer Außengesellschaft bürgerlichen Rechts hafteten für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft entsprechend § 128 aF wie die Gesellschafter einer OHG akzessorisch und unbeschränkt.<sup>11</sup> Eine Ausnahme von der unbeschränkten persönlichen Haftung der GbR-Gesellschafter erlaubte die Rechtsprechung nur hinsichtlich Bauherrengemeinschaften und Fondsgesellschaften in der Rechtsform einer GbR.<sup>12</sup> Mit dem **MoPeG**<sup>13</sup> wurde diese Rechtsprechungsentwicklung zur unbeschränkten Gesellschafterhaftung analog §§ 128–130 aF aufgegriffen und mit der Implementierung der §§ 721, 721a, 721b BGB nF in Gesetzesform gegossen. Das Haftungsregime der Gesellschaft bürgerlichen Rechts wurde damit vollständig an dasjenige der OHG angeglichen, ohne jedoch eine Abkehr der seitens der Rechtsprechung und des Schrifttums entwickelten Ausnahmen für Bauherrengemeinschaften und Fondsgesellschaften zu intendieren.<sup>14</sup> Trotz der Tatsache, dass die §§ 721 ff. BGB nF als insoweit „nicht abschließende Regelung“<sup>15</sup> konzipiert wurden,

4 MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 9. Eines Rückgriffs auf § 126 S. 2 bedarf es daher nicht mehr, vgl. noch MüKoBGB/Schäfer, 8. Auflage 2020, PartGG § 8 Rn. 8.

5 Näher dazu MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 36 ff.; Meilicke/v. Westphalen PartGG § 8 Rn. 82 ff.

6 Näher dazu MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 44 ff.; zur Wortlautanpassung des § 8 Abs. 4 S. 1 PartGG zum 1.1.2024 vgl. Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 278.

7 Anders als etwa bei der Partnerschaftsgesellschaft (§ 8 Abs. 1 S. 2 PartGG nF) kommen daher hier nicht die für die rechtsfähige GbR geltenden §§ 721a und 721b BGB nF zur entsprechenden Anwendung.

8 Vgl. dazu nur BGHZ 74, 240 (242 f.); BGHZ 136, 254 (258 f.); MüKoBGB/Ulmer, 3. Aufl. 1997, § 714 aF Rn. 26 ff.; Staub/Habersack, 4. Aufl. 1997, § 128 aF Rn. 6.

9 BGHZ 142, 315.

10 BGHZ 146, 341.

11 Vgl. nur MüKoBGB/Schäfer § 714 aF Rn. 4 ff., 31 ff.; MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 128 aF Rn. 4; Staub/Habersack § 128 aF Rn. 6 jew. mwN.

12 BGHZ 150, 1 (4 ff.); näher dazu MüKoBGB/Schäfer § 714 Rn. 61 mwN.

13 Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts vom 10.8.2021 (BGBl. I 3436).

14 Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 165.

15 Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 165.

Komplementär-Kapitalgesellschaft ist, sind bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise die eigentlichen Gesellschafter nur noch die an der Kommanditgesellschaft beteiligten Kommanditisten.<sup>32</sup>

- 7 In der Einheits-GmbH & Co KG ist die KG in der Gesellschafterversammlung die einzige Gesellschafterin der GmbH.<sup>33</sup> Nach früherer Rechtslage war umstritten, durch wen die KG in der Gesellschafterversammlung der GmbH vertreten wird.<sup>34</sup> Der gesetzlichen Regel nach wurde die KG durch ihre Komplementär-GmbH vertreten und diese wiederum durch ihren Geschäftsführer.<sup>35</sup> Dies führte in Fällen, in denen es um die Überwachung, die Entlastung, Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern oder um die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die Geschäftsführer geht, zu dem unerwünschten Ergebnis, dass die Geschäftsführer Richter in eigener Sache werden.<sup>36</sup> Die strikte Trennung zwischen der KG und der GmbH als zwei verschiedene Gesellschaften führte zu einer nicht beabsichtigten und nicht erwünschten Kompetenzverteilung.<sup>37</sup> Um dem zu begegnen, konnte im Gesellschaftsvertrag der GmbH vereinbart werden, dass die Gesellschafterversammlung aus den Kommanditisten besteht,<sup>38</sup> oder es konnte die Geschäftsführungsbefugnis im Hinblick auf die Ausübung der Gesellschafterrechte aus oder an den von der KG gehaltenen Geschäftsanteilen an der Komplementär-GmbH auf die Kommanditisten übertragen werden.<sup>39</sup>
- 8 Die Neuregelung des § 170 Abs. 2 statuiert die sog. **organschaftliche Lösung**, nach der die Rechte in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH von den Kommanditisten und nicht von der Kommanditgesellschaft wahrgenommen werden.<sup>40</sup> Diese Regelung ist dispositiv. Da es sich der Sache nach um eine innere Angelegenheit der KG handelt, verbleibt den Gesellschaftern die Möglichkeit, für die Einheits-GmbH & Co. KG eine hiervon abweichende Regelung zu vereinbaren.<sup>41</sup> So kann die Wahrnehmung der Rechte in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH in die Zuständigkeit der KG gelegt werden und gleichzeitig können die Kommanditisten durch die KG bevollmächtigt werden, in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH die Rechte der KG bezüglich einzelner Beschlussgegenstände wahrzunehmen (**rechtsgeschäftliche Vollmachtslösung**).<sup>42</sup> Diese Lösung ermöglicht es, gezielt auf etwaige Interessenkonflikte zu reagieren.<sup>43</sup>

## § 171 [Haftung des Kommanditisten]

- (1) Der Kommanditist haftet den Gläubigern der Gesellschaft bis zur Höhe seiner Haftsumme unmittelbar; die Haftung ist ausgeschlossen, soweit die vereinbarte Einlage geleistet ist.
- (2) Ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet, so wird während der Dauer des Verfahrens das den Gesellschaftsgläubigern nach Absatz 1 zustehende Recht durch den Insolvenzverwalter oder den Sachwalter ausgeübt.

**Schrifttum:** *Altmeyen*, Außen- und Innenhaftung des Kommanditisten, NJW 2017, 3198; *Bartlitz*, Die Haftung des Kommanditisten auf der Grundlage kapitalgesellschaftsrechtlicher Prinzipien, 2016; *Davies*, Principles of Modern Company Law, 6. Aufl. 1998; *Ekkenga*, zur Aktivierungs- und Einlagefähigkeit von Nutzungsrechten nach Handelsbilanz- und Gesellschaftsrecht, ZHR 161 (1997), 599; *Fleischer/Hahn*, Zur unbeschränkten Haftung des herrschenden Kommanditisten, NZG 2018, 1281; *Furrer*, Die Haftung des Kommanditisten im Vergleich zur Haftung des Komplementärs, 1902; *Gramlich*, Die Einlageforderung der Kommanditgesellschaft gegen einen Kommanditisten als Kreditsicherungsmittel, NJW 1957, 1447; *Günter*, Aufbringung und Erhaltung des Haftkapitals in KG und GmbH unter besonderer Berücksichtigung der GmbH & Co KG, 1975; *Gursky*, Risikokumulation für den Kommanditisten mit Sacheinlagepflicht, DB 1978, 1261; *Häsemeyer*, Kommanditistenhaftung und Insolvenzrecht, ZHR 149 (1985), 42; *Hahn/Mugdan*, Die gesamten Materialien zu den Reichsjustizgesetzen, 6. Bd., Materialien zum Handelsgesetzbuch, 1897; *Hansmann/Kraakman/Squire*, Law and the Rise of the Firm, ECGI – Law Working Paper No. 57/2006 = Yale Law & Economics Research Paper No. 326, abrufbar unter [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=873507](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=873507); *Huber*, Vermögensanteil, Kapitalanteil und Gesellschaftsanteil an Personalgesellschaften des Handelsrechts, 1970; *Kindler*, Der Gesellschafter hinter dem Gesellschafter – Zur Treugeberhaftung in der Personengesellschaft, ZIP 2009, 1146; *Kindler*, Der Kommanditist hinter dem Kommanditisten – Zur Treugeberhaftung in der Insolvenz der

32 BT-Drs. 19/27635, 255.

33 MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

34 Vgl. hierzu BeckOGK HGB/Notz/Zinger § 161 Rn. 183 ff.

35 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

36 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102; BeckOGK HGB/Notz/Zinger § 161 Rn. 183.

37 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

38 MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 103.

39 BFH 13.7.2017 – IV R 42/14.

40 BT-Drs. 19/27635, 256.

41 BT-Drs. 19/27635, 256.

42 BT-Drs. 19/27635, 256.

43 BT-Drs. 19/27635, 256.

Publikums-GmbH & Co. KG, in Bitter et al. (Hrsg.), Festschrift für Karsten Schmidt zum 70. Geburtstag, 2009, S. 871; *Kirsch*, Einlageleistung und Einlagenrückgewähr im System der Kommanditistenhaftung, 1995; *Knobbe-Keuk*, Die Haftung des Kommanditisten für die Schulden der Gesellschaft, ZHR 135 (1971), 410; *Koller*, Sicherung des Eigenkapitals bei der gesetzestypischen KG, in Kübler et al. (Hrsg.), Festschrift für Theodor Heinsius zum 65. Geburtstag am 25. September 1991, S. 357; *Kubis*, Der Regress des Personenhandelsgesellschafters, 1988; *Lebhen*, Der Grundsatz der komplementärähnlichen Kommanditistenhaftung, 2013; *Leven*, Zur persönlichen Haftung des Kommanditisten im Gesellschaftskonkurs, 1966; *Leyendecker*, Geschäftsführungsmacht, Inhaberschaft und Haftung bei börsenunabhängigen Gesellschaften, 2008; *Lindacher*, Kommanditisten als Sicherungsgeber – Regress nach erfolgter Inanspruchnahme, in Häuser et al. (Hrsg.), Festschrift für Walther Hadding zum 70. Geburtstag am 8. Mai 2004, S. 529; *Meyer*, Haftungsbeschränkung im Recht der Handelsgesellschaften, 2000; *Müßigbrodt*, Die haftungsbefreiende Aufrechnung des Kommanditisten, 1981; *v. Olshausen*, Die Aufrechnung eines Kommanditisten mit einer nicht voll werthaltigen Gegenforderung, ZGR 2001, 175; *Pfaffinger*, Unbeschränkte Gesellschafterhaftung und Gläubigerschutz, 2016; *Potsch*, Grundfragen der Kommanditistenhaftung, 2012; *Preuß*, Regressansprüche des ausgeschiedenen Gesellschafters einer Personenhandelsgesellschaft gegen die Gesellschaft, ZHR 160 (1996) 163; *C. Schäfer*, Zu Fragen der Treugeberhaftung bei qualifizierten Treuhänderbeteiligungen an Publikumspersonengesellschaften, ZHR 2013, 619; *Schall*, Kapitalgesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz – Grund und Grenzen der Haftungsbeschränkung nach Kapitaldebatte, MoMiG und Trihotel, 2009; *Schlitt*, Die GmbH & Co. KG in der Insolvenz nach neuem Recht, NZG 1998, 701 (Teil I) und 755 (Teil II); *Schmelz*, Überschießende Außenhaftung des Kommanditisten – eine systematische Darstellung, DStR 2006, 1704; *K. Schmidt*, Kommanditisteneinlage – Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung in der KG, ZGR 1976, 307; *K. Schmidt*, Einlage und Haftung des Kommanditisten, 1977; *K. Schmidt*, Zur Bareinlage durch Verrechnung und Aufrechnung in der KG, ZGR 1986, 152; *K. Schmidt*, Grenzen und Risiken der Binnenhaftung von Kommanditisten, DB 1995, 1381; *Schürnbrand*, Personengesellschaften in Rechtsprechung und Literatur, ZGR 2014, 256; *Sieker*, Eigenkapital und Fremdkapital der Personengesellschaft, 1990; *Steckhan*, Gesellschaftsvermögen der Kommanditgesellschaft und Privatvermögen des Komplementärs, DNotZ 1974, 69; *Stöber*, Die Haftung der Anleger notleidender Immobilienfonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, NZG 2011, 738; *Thole*, Die Wirkung der Feststellung zur Insolvenztabelle gegenüber dem nach §§ 171, 172 Abs. 4 HGB haftenden Kommanditisten, ZGR 2019, 301; *Weber*, Privatautonomie und Außeneinfluss im Gesellschaftsrecht, 2000; *Weimar*, Haftung und Verlustbeteiligung des Kommanditisten, DStR 1997, 1730; *Werthenbruch*, Die Haftung von Gesellschaften und Gesellschaftsanteilen in der Zwangsvollstreckung, 2000; *H. P. Westermann*, Ausgleichsansprüche des Kommanditisten, dessen Haftsumme die Pflichteinlage übersteigt, bei Inanspruchnahme von Gläubigern der KG, in Fischer et al. (Hrsg.), Wirtschaftsfragen der Gegenwart: Festschrift für Hans Carl Barz zum 65. Geburtstag, 1974, S. 81; *H. P. Westermann*, Vertragsfreiheit und Typengesetzlichkeit im Recht der Personengesellschaften, 1970; *Wiedemann*, Beschränkte und unbeschränkte Kommanditistenhaftung, in Lutter et al. (Hrsg.), Festschrift für Johannes Bärmann zum 70. Geburtstag, 1975, S. 1037; *Wiedemann*, Alte und neue Kommanditgesellschaften, NZG 2013, 1041.

<b>A. Überblick</b> .....	1	<b>VIII. Leistung an die Gesellschaft</b> .....	43
<b>B. Bedeutung</b> .....	2	1. Grundsätzliches .....	43
<b>C. Regelungszweck und Systematik</b> .....	4	2. Deckungsgebot .....	44
<b>I. Das prinzipielle Verhältnis von Einlagepflicht und Außenhaftung</b> .....	5	3. Differenzhaftung .....	46
<b>II. Die Anrechnung von Leistungen</b> .....	7	<b>IX. Erbringung der Einlage</b> .....	47
1. Die Sicht der hM .....	7	<b>X. Sacheinlagen</b> .....	51
2. Kritik .....	8	1. Grundsatz .....	51
3. Eigene Auffassung .....	11	2. Grenzen der Einlagefähigkeit .....	52
a) Identische Grundlage von Einlagepflicht und Außen-Haftpflicht .....	11	3. Bewertung der Sacheinlage und Deckungsgebot .....	53
b) Der „Hilfsanspruch“ der Gläubiger auf die Haftsumme nach § 171 Abs. 1 .....	13	4. Typische Problemfälle .....	54
4. Konsequenzen für die weitere Erläuterung .....	16	5. Wertverlust und Wertaufholung .....	57
<b>III. Die prinzipiellen Unterschiede der Haftung von Aktionär und Kapitalgesellschaft</b> .....	17	<b>XI. Aufrechnung</b> .....	60
<b>D. Haftung des Kommanditisten (Abs. 1 Hs. 1)</b> ..	21	1. Nennwertprinzip und Deckungsgebot ..	61
<b>I. Art der Haftung</b> .....	21	2. Kritik und alternative Lösung .....	62
<b>II. Haftungsbeschränkung</b> .....	26	3. Grenzen der Aufrechnung zum Nennwert .....	65
<b>III. Inhalt der Außenhaftung</b> .....	27	<b>XII. Abtretung/Pfändung der Einlageforderung</b> .....	66
<b>E. Haftungsbefreiung durch Einlageleistung (Abs. 1 Hs. 2)</b> .....	29	1. Das Zweckbindungsargument .....	67
<b>I. Grundsätzliches</b> .....	29	2. Die Gefahr doppelter Inanspruchnahme ..	68
<b>II. Haftungsbefreiung bei isolierter Außenhaftung</b> .....	30	a) Abtretung an Erfüllung statt .....	69
<b>III. Außenhaftung und Einlagepflicht</b> .....	34	b) Abtretung erfüllungs- bzw. sicherungshalber .....	72
<b>IV. Einlagepflicht und Beitragspflicht</b> .....	35	c) Forderungsverkauf .....	74
<b>V. Das Wahlrecht des Kommanditisten</b> .....	36	3. Par conditio creditorum .....	75
<b>VI. Grenzen des Wahlrechts</b> .....	37	4. Verpfändung .....	77
<b>VII. Keine reale Kapitalaufbringung</b> .....	39	5. Pfändung .....	78
		6. Zusammenfassung .....	79
		<b>XIII. Leistung an Dritte</b> .....	80
		1. Leistung an Nichtgläubiger .....	81
		2. Befriedigung eines Gesellschaftsgläubigers .....	82

3. Störungen der Leistung an Dritte .....	85	<b>VI. Haftungsbefreiende Leistung durch den</b>	
4. Erfüllungssurrogate und Dispositionsbe- fugnis der KG .....	87	<b>Kommanditisten</b> .....	107
<b>F. Leistung auf die Außenhaftung</b> .....	88	1. Grundsatz .....	107
<b>I. Erfüllung</b> .....	88	2. Massezugehörigkeit des Erlöses, Forde- rungsbegründung vor Insolvenzeröff- nung .....	109
<b>II. Erfüllungssurrogate und Dispositionsbe- fugnis des Gläubigers</b> .....	89	3. Erfüllung und Surrogate .....	115
<b>III. Erlass/negatives Schuldanerkenntnis</b> (§ 397 BGB) .....	90	4. Aufrechnung (gegen die Außenhaftung) .....	116
<b>G. Regress nach Leistung auf die Außenhaf- tung</b> .....	91	5. Einwendungen, keine Erforderlichkeit zur Befriedigung der Gesellschaftsgläu- biger .....	118
<b>I. Gegen die Gesellschaft</b> .....	91	6. Abtretbarkeit .....	122
<b>II. Gegen die Mitgesellschafter</b> .....	94	<b>VII. Haftungsbefreiung nach § 171 Abs. 1 Hs. 2</b>	123
<b>H. Haftung des ausgeschiedenen Kommanditisten</b> .....	97	1. Das umstr. Verhältnis zwischen Pflicht- einlage und Haftung .....	123
<b>I. Haftung in der Insolvenz der Gesellschaft</b> (Abs. 2) .....	100	2. Stellungnahme .....	124
<b>I. Allgemeines</b> .....	100	3. Freies Wahlrecht und offene Einlage- pflicht .....	125
<b>II. Anwendungsbereich</b> .....	101	4. Haftungsbefreiende Erfüllung der Einlage- pflicht .....	126
<b>III. Offene Außenhaftung</b> .....	102	<b>VIII. Regressfragen</b> .....	127
<b>IV. Inhalt, Umfang und Geltendmachung der Haftung</b> .....	104	<b>J. Der ausgeschiedene Kommanditist in der Insolvenz</b> .....	130
<b>V. Eröffnetes Insolvenzverfahren, Zuständig- keit des Insolvenzverwalters, keine Durch- führung des Innenausgleichs</b> .....	105	<b>K. Verfahrensfragen</b> .....	133

**A. Überblick**

1 § 171 ist die Grundnorm der *beschränkten* Haftung des Kommanditisten. Sie wird ergänzt durch §§ 172 bis 175, die weitere Einzelheiten dieser Haftung regeln. Subsidiär beruft der Generalverweis in § 161 Abs. 2 auch das OHG-Recht, woraus sich vor allem die Berufung des Kommanditisten auf Einreden der Gesellschaft ergibt (§ 128 Abs. 1; s. iÜ → Rn. 21 ff.). Demgegenüber verweist § 176 vor Eintragung des Kommanditisten grundsätzlich auf die *unbeschränkte* Gesellschafterhaftung der §§ 126 ff.<sup>1</sup> Die §§ 171 ff. stellen zwingendes Recht dar und können durch Vereinbarung der Gesellschafter untereinander nicht modifiziert werden.<sup>2</sup> Eine **Durchgriffshaftung** auf herrschende Kommanditisten findet grundsätzlich **nicht** statt.<sup>3</sup> Abs. 1 hat durch das MoPeG eine redaktionelle Anpassung dahin gehend erfahren, dass das Gesetz die bisher schon verbreitete dogmatische Differenzierung zwischen der Einlagepflicht des Kommanditisten (Innenverhältnis) und der Haftsumme (Außenverhältnis)<sup>4</sup> in den Text umgesetzt hat. Das ändert freilich nichts an der hier entwickelten Sicht, dass beide auf dem gleichen Haftgrund, nämlich dem Einlageversprechen im Gesellschaftsvertrag, beruhen, auch wenn sie gegenüber unterschiedlichen Gläubigern bestehen und unterschiedlich ausgestaltet sein können.

**B. Bedeutung**

2 Die Haftungsbeschränkung des Kommanditisten ist das **zentrale Wesensmerkmal** der KG. In Kontinentaleuropa blickt sie auf eine lange Tradition zurück,<sup>5</sup> während sie sich im Common law erst sehr spät durchsetzte.<sup>6</sup> Grundgedanke ist, Unternehmergeist und Haftkapital in der Weise zusammenzubringen, dass sich das Risiko des Geldgebers auf das eingesetzte Kapital beschränkt, er aber gleichwohl an den Gewinnen partizipieren kann und sich nicht nur wie ein Darlehensgeber auf den Zins beschränken muss.<sup>7</sup> Früheste Erscheinungsformen finden sich in der italienischen *commenda* zwischen dem Schifffahrer zu See und seinem Geldgeber an Land.<sup>8</sup> Später entwickelte sich die *accomandita*, die man auch für

1 Ausf. Lehnen Kommanditistenhaftung S. 198 ff.  
 2 AllgM, Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Strohn § 171 Rn. 6; BeckOGK/Foerster § 171 Rn. 2; s. auch §§ 172 Abs. 3, 173 Abs. 2.  
 3 BGHZ 45, 202 – Rektorfall; → § 172 Rn. 49 f.; anders in der Kapitalgesellschaft & Co. KG ohne natürliche Vollhafter.  
 4 Ausf. und kritisch BeckOGK/Foerster § 171 Rn. 8 ff.  
 5 Dazu etwa Wiedemann GesR II § 9 I 2; Windbichler GesR § 17 Rn. 4; ausf. Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm S. 27 ff.  
 6 Paul Davies vermutet die Ursache hierfür im Vorsprung der kontinentalen Buchführung (Davies Principles of Modern Company Law S. 19 Fn. 3). Aber auch der englische Trust mag den Bedarf nach der Limited Partnership gebremst haben (s. Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 41, 45 ff. sowie noch Fn. 7).  
 7 Gleichsinnig Anzinger FS U. H. Schneider, 2011, 15 f.  
 8 Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 35 ff.

Unternehmungen zu Lande nutzen konnte. Sie wurde zur Namensgeberin der sich dann über den ganzen Kontinent ausbreitenden Kommanditgesellschaft und wurde beispielsweise vom Bankenimperium der Medici genutzt.<sup>9</sup> Dogmatisch handelte es sich bei den ersten Erscheinungsformen noch um stille Gesellschaften, bei denen die Kapitalgeber gar nicht nach außen auftraten.<sup>10</sup> Erst später bildete sich daneben die eigentliche Kommanditgesellschaft mit offen beteiligten, aber nur beschränkt haftenden Gesellschaftern heraus. Das HGB vollendete diese Entwicklung mit der umstrittenen Einführung der von der OHG her stammenden Außenhaftung in § 171 ff.<sup>11</sup>

KG und stille Gesellschaft haben die spätere Entwicklung der Kapitalgesellschaften maßgeblich beeinflusst. Ihre Haftungsbeschränkung stand Pate beim Durchbruch der Aktiengesellschaften auf dem Kontinent mit Einsetzen des Industriezeitalters.<sup>12</sup> Als wirkmächtig erwies sich offenbar der folgende Gedanke, den Savigny in den Vorarbeiten des Preußischen Aktiengesetzes anlässlich des Ringens um das Konzessionssystem formuliert hatte: Wenn eine Gesellschaft ohnehin so gestaltet sein konnte, dass neben einem einzigen Komplementär eine beliebige Vielzahl von haftungsbeschränkten Gesellschaftern beteiligt waren, fiel der Wegfall jenes Vollhafters zumindest dann nicht mehr ins Gewicht, wenn das Unternehmen eine erhebliche Kapitalisierung aufwies<sup>13</sup> – was bei den Aktiengesellschaften des 19. Jahrhunderts typischerweise der Fall war. Trotz dieser engen funktionalen Verwandtschaft der Haftungsbeschränkungen von Kommanditisten und Aktionären darf freilich nicht übersehen werden, dass sich die rechtstechnische Ausgestaltung ganz erheblich unterscheidet (Überblick → Rn. 17 ff.). Der GmbH-Gesetzgeber hat sich im MoMiG anstelle der teilweise geforderten Übertragung des KG-Modells<sup>14</sup> auf die GmbH für eine GmbH-spezifische Deregulierung der Kapitalaufbringung entschieden.<sup>15</sup>

### C. Regelungszweck und Systematik

Die Haftungsbeschränkung des Kommanditisten stellt nach heute hM eine Ausnahme vom Grundsatz der unbeschränkten Gesellschafterhaftung (§§ 126, 127) dar<sup>16</sup> und kann daher erst außenwirksam werden, wenn sie im Handelsregister publiziert worden ist (§ 172 Abs. 1). Zudem muss die Erbringung der versprochenen und publizierten Einlage konsequent durchgesetzt werden. Das geschieht aber nicht – wie bei GmbH und AG – durch zwingende Kapitalaufbringungsvorschriften, sondern durch die Außenhaftung nach § 171 ff. Anstelle eines gesetzlichen Verbotes der Kapitalrückgewähr tritt das Wiederaufleben der Einlagepflicht nach § 172 Abs. 4.

### I. Das prinzipielle Verhältnis von Einlagepflicht und Außenhaftung

Der Kommanditist schuldet wie jeder Personengeschafter der Gesellschaft seinen Beitrag auf Grundlage des Gesellschaftsvertrags. Diese **Einlagepflicht** besteht in der Leistung einer Pflichteinlage, die grds. der ins Handelsregister einzutragenden **Haftsumme** entspricht (§ 172 Abs. 1).<sup>17</sup> Solange der Kommanditist diesen Beitrag nicht entrichtet hat, haftet er den Gesellschaftsgläubigern bis zur Höhe der Haftsumme unmittelbar nach § 171 Abs. 1 (**Außenhaftung**). Dabei kann jeder Gesellschaftsgläubiger den gesamten Haftbeitrag zu seiner persönlichen Befriedigung verlangen, der Kommanditist wiederum kann jederzeit auch an jeden anderen Gesellschaftsgläubiger (oder sogar an die Gesellschaft selbst) befreiend leisten. Eine gleichmäßige Verteilung des vom Kommanditisten erzielten Erlöses findet nicht statt. Dies ändert sich erst in der Insolvenz der Gesellschaft (§ 171 Abs. 2). Als Grundlage der Außenhaftung wird teilweise ein Garantieverprechen des Kommanditisten gegenüber den Gläubigern angenommen.<sup>18</sup> Nach anderer Auffassung handelt es sich dagegen im Grunde um die allgemeine Außenhaftung

9 Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 34 f.

10 Schmelz DStR 2006, 1704 (1705).

11 Eingehend Staub/Thiessen § 171 Rn. 1 ff., 8 ff.

12 In England wurde dagegen der Trust zum Motor der Entwicklung der Kapitalgesellschaften, vgl. Davies Principles of Modern Company Law S. 29; Hirte/Bücker Grenzüberschreitende Gesellschaften-HdB/Kasolowsky/Schall § 4 Rn. 3; Schall DStR 2006, 1229; Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 45 ff.

13 Vgl. das Votum von Savigny bei Baums (Hrsg.), Gesetz über die Aktiengesellschaften für die Königlich Preussischen Staaten vom 9.11.1843 – Text und Materialien, 1981, S. 31 ff.

14 Bayer ZGR 2007, 220 ff.; Drygala ZGR 206, 1797 (1803); J. Vetter, Referat zum 66. DJT 2006, P. 89 ff.

15 S. nur Schall Gläubigerschutz S. 99 und 133.

16 Ausf. Lehnen Kommanditistenhaftung S. 45 ff., 94 ff. und 198 ff.; siehe auch Schall NZG 2023, 1540 ff. Das Prinzip anerkennend BGHZ 142, 315 (319); grundlegend Flume BGB AT I 2 § 5 III 3 S. 164 f. Sieht man die Grundlage der unbeschränkten Gesellschafterhaftung in der OHG dagegen in der gemeinsamen Mitverpflichtung (näher → Rn. 6), wird die unbeschränkte Haftung von Kommanditisten, die nicht als Mitunternehmer auftreten, ungeachtet der Eintragung zur begründungsbedürftigen Ausnahme.

17 Vgl. Hahn/Mugdan Gesamte Materialien S. 281; Schmelz DStR 2006, 1704 (1706 f.).

18 Müßigbrodt Haftungsbefreiende Aufrechnung S. 76 f.; H. P. Westermann Vertragsfreiheit S. 287; s. auch Staub/Thiessen § 171 Rn. 10 (kollektive Haftungszusage) im Anschluss an Schön DK 2004, 162 (166 ff.).

## Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- Abberufung von Liquidatoren **144** 11 ff., **145** 8  
– Beschwerdeberechtigung **145** 10  
– wichtiger Grund **145** 9
- Abdingbarkeit, AGB-feste Normen **449** 2
- Abfindung, Erbe **131** 3 ff., 12 ff.
- Abfindungsanspruch des ausgeschiedenen Gesellschafters **126** 10
- Abfindungsstichtag **135** 50 ff.
- Abführungssperre **268** 37
- Abgabe einer Willenserklärung **126** 29
- Abgeleitete Firma **17** 9
- Abhängige Gesellschaft  
– Anspruch auf Durchführung der Konzernleitung **Anh. 107** (1) 114 ff.  
– Beweislast **Anh. 107** (1) 181 ff.
- Abhängige Personengesellschaft  
– Informationsrechte **Anh. 107** (1) 101  
– Nachteilszufügung **Anh. 107** (1) 96 ff.  
– Sorgfaltsmaßstab **Anh. 107** (1) 99  
– Verantwortungsvermutung **Anh. 107** (1) 98  
– Zustimmungsrechte **Anh. 107** (1) 95 ff.  
– Zustimmungsvorbehalt **Anh. 107** (1) 88 ff.
- Abhängiges Unternehmen **Anh. 107** (1) 10
- Abhängigkeitslage, Austrittsrecht **Anh. 107** (1) 102 ff.
- Abholklausel, Handelsklauseln **346** 82
- Ab Kai, Handelsklauseln **346** 82
- Ablieferung **377** 5 ff.  
– Abladegeschäft **377** 11  
– Begriff **377** 5 f.  
– Bringschuld **377** 9  
– Folgeschäden **425** 11  
– Holschuld **377** 8  
– Mehrheit von Leistungen **377** 7  
– Mehrheit von Sachen **377** 7  
– Nacherfüllung **377** 12  
– Obhutszeitraum **425** 11  
– Schickschuld **377** 10  
– Sukzessivlieferungsvertrag **377** 7  
– Versendungskauf **377** 10
- Abnahme bei vertragsgemäßer Lieferung  
– Incoterms® 2000 **346** 81  
– Incoterms® 2010 **346** 80  
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abrufklausel, Handelsklauseln **346** 82
- Absatzmittler  
– Franchisevertrag **84** 8 ff.  
– Handelsmakler **84** 3 ff.  
– Handelsvertreter **84** 1 ff.  
– Kommissionär **84** 4 ff.  
– Vertragshändler **84** 5 ff.
- Abschluss eines besonderen Versicherungsvertrages  
– Incoterms® 2000 **346** 81  
– Incoterms® 2010 **346** 80  
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abschluss eines eigenen Beförderungsvertrages  
– Incoterms® 2000 **346** 81  
– Incoterms® 2010 **346** 80  
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abschlusspflicht, Bankvertrag **Anh. 372** 26 ff., 114
- Abschlussposten **246** 7
- Abschlussprovision **65** 1, **87** 8 ff.
- Abschlussprüfer **331** 4  
– Anfechtung des Wahlbeschlusses **318** 17 ff.  
– Anforderungen **319** 1 ff.  
– Antragsberechtigung **318** 40  
– Ausschlussgründe **319b** 7  
– Berufspflichten **323** 3  
– besondere Ausschlussgründe **319a** 1 ff.  
– Bestellung **316** 8, **318** 1 ff.  
– Eintragung im Berufsregister **319** 12 f.  
– Ersetzung **318** 1 ff., 38 ff.  
– Funktion der Haftung **323** 12  
– gerichtliche Bestellung **318** 33 ff.  
– gerichtliche Bestellung, frühester Zeitpunkt **318** 36  
– gewissenhafte und unparteiische Prüfung **323** 4  
– Haftung **321a** 24, **322** 33, **323** 1 ff., 12 ff.  
– Joint Audit **316** 18  
– Meldung von Sanktionen **335c** 1  
– Mindeststandard **319** 10  
– Parallelprüfung **316** 18 f.  
– Pflichtverletzung **323** 13  
– prüfungsbezogene Berufspflichten **323** 1 ff.  
– Qualitätskontrolle **319** 11  
– Registerauszug **319** 12 f.  
– Schadensersatzanspruch **323** 13  
– spezifisches Insiderverbot **323** 5  
– Strafbarkeit **322** 34, **323** 8  
– Vergütung **318** 46 ff.  
– Verletzung der Pflichten bei Abschlussprüfungen **333a** 1  
– Verschwiegenheitspflicht **323** 1 ff.  
– Wahl **316** 8, **318** 1 ff.  
– Wahlmöglichkeit **318** 15 f.  
– wichtige Führungstätigkeit **Anh. 318** 48  
– Wirtschaftsprüfer **316** 18  
– Wirtschaftsprüfungsgesellschaften **316** 18
- Abschlussprüferhonorar **314** 44 ff.
- Abschlussprüfung **Vor 316–324a** 1 f., **316** 20  
– Abschlussprüfer **Vor 316–324a** 13  
– Anspruch auf Berichterstattung **320** 2  
– Aufgabe **317** 8  
– Aufstellung **320** 5 ff.  
– Auskunftsrecht **320** 9  
– Ausschlussgründe **319** 50  
– äußerer Anschein **316** 30  
– Auszahlungsanspruch **316** 28

- Bestätigungsvermerk **316 30**
- Dauer **317 9**
- Doppelfunktion **Vor 316–324a 10**
- Ertragsteuerinformationsbericht **317 39 ff.**
- europäische Rechtsakte **Vor 316–324a 2**
- Existenzprüfung **317 25 f.**
- Form **316 25**
- freiwillige **316 24 ff.**
- Funktionen **316 5 f.**
- Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA) **317 10**
- Gesellschaft, prüfungspflichtige **316 1 ff.**
- Gesellschafter **316 28**
- Gleichwertigkeit der freiwilligen Prüfung **316 25**
- Größenklassendefinition **316 7**
- Grundlage der Durchführbarkeit **320 1**
- historische Entwicklung **Vor 316–324a 1 f.**
- Honorar **Vor 316–324a 12**
- Informationszugang **320 3**
- Kapitalgesellschaft **316 7**
- Lagebericht **317 6**
- Nachtragsprüfung **316 28 ff.**
- Nachweispflicht **320 9**
- Nichtigkeit **319 52**
- öffentliches Interesse **316 4**
- ordnungsgemäße **316 28**
- Organisation **324 4**
- Parallelprüfung **320 7**
- Prüfungsgegenstand **316 1 ff., 317 1 ff.**
- Prüfungsgesellschaften **Vor 316–324a 13**
- Prüfungspflicht **316 7 ff.**
- Prüfungspflichtige **316 1 ff.**
- Rechtsfolgen **319 48 ff.**
- Risikofrüherkennungssystem **317 43 f.**
- Schadensersatzpflicht **316 27**
- Umfang **317 1 ff.**
- Unternehmen öffentlichen Interesses **Vor 316–324a 13 ff., 316a 1 ff.**
- Verschwiegenheitspflicht **320 3**
- Vorlagepflicht **320 4**
- Wesentlichkeit **317 6 ff.**
- Zielsetzung **317 1 ff.**
- Abschlussprüfung, freiwillige **318 19**
- Abschlussprüfung, Funktionen
  - Banken **Vor 316–324a 10**
  - öffentliche Funktion **Vor 316–324a 10**
  - Versicherung **Vor 316–324a 10**
- Abschlussprüfungs-Reform, EU **Vor 316–324a 3 ff.**
- Mitgliedstaatenwahlrechte **Vor 316–324a 5**
- Umsetzung **Vor 316–324a 5**
- Abschlussvertreter **55 1 ff.**
- Tätigkeit für Nichtkaufleute **91 1**
- Überschreitung der Vollmacht **91a 7**
- Abschreibung **253 9 ff.**
- Anlagenspiegel **284 56 ff.**
- außerplanmäßige **253 28**
- Ausweis in der GuV **275 38 ff.**
- Equity-Methode **312 7**
- Finanzanlagen, GuV-Ausweis **275 69 ff.**
- Geschäfts- oder Firmenwert **309 10 ff.**
- GuV-Ausweis bei außerplanmäßigen Abschreibungen **277 11**
- Nutzungsdauer **253 10**
- zeitlich unbegrenzte Nutzungsdauer **253 33**
- Zuschreibungen **253 51**
- Abschreibungsdauer, Geschäfts- oder Firmenwert **309 12**
- Abschreibungsmethoden **253 21 ff.**
- Absender
  - Anspruch **422 7**
  - Ansprüche des Frachtführers **Vor 407–450 12**
  - außervertragliche Ansprüche, Begrenzung **434 1 ff.**
  - diebstahlgefährdetes Gut **407 6**
  - Einwendungen der Absender **Vor 407–450 15**
  - Güterkenntnis **407 6**
  - Haftung **414 1 ff.**
  - Hauptpflicht **407 10 ff.**
  - Herausgabeanspruch **422 6**
  - Nachnahmerecht **422 5**
  - Nebenpflichten **407 11**
  - Pflichten **407 18**
  - Schadensanzeige **438 1 ff.**
  - Verbraucher **414 12**
  - Weisungsrecht **418 1 ff.**
  - Zahlungspflicht **421 12**
- Absender, Informationspflicht **413 2**
- Absender, Pflichten **414 4**
- Beförderungssicherheit **412 2**
- Begleitpapiere **413 1 ff.**
- Entladen **412 5**
- Informationspflichten **413 1 ff.**
- Ladungssicherheit **412 4**
- Urkundenmitgabe **413 1 ff.**
- Verladen, Entladen **412 1, 3**
- Absenderhaftung **449 12**
- deliktische Haftung **414 10**
- Haftungshöchstbetrag **449 26**
- Mitverschulden **414 11**
- Umfang **414 9**
- Absichtserklärung, Patronatserklärung **349 12**
- Absonderungsrecht **236 3, 369 2, 18**
- Abspaltungsverbot **108 3, 14, 124 3 f., 163 1, 8**
- Ab Station, Handelsklauseln **346 82**
- Abstrakter Vertrauensschutz **15 6**
- Abstrakte Saldoforderung
  - Anerkenntnisvertrag **355 31**
  - Eigenständigkeit **355 32**
  - Entstehung **355 30**
  - Erfüllungsort **355 32**
  - Gerichtsstand **355 32**
  - Verjährung **355 32**
  - Zustandekommen **355 31**
- Abtretung
  - Bankgeheimnis **Anh. 372 89**
  - einer Geldforderung **354a 8**
  - Einwendungen **364 4, 8**
  - Kommanditanteil **161 77**